

# Der Oberschlesier.

Oberschles. Wochenschrift. — Erscheint jeden Sonnabend. — Freie Aussprache für alle Oberschlesier.

Sonnabend, 8. Mai 1920.

Einzelnummer 30 Pfg. Postbezug monatl. 1.20 Pfg., vierteljährl. 3.60 Mk. auschl. Beilegelgeld. Verlag u. Schriftleitung: „Der Oberschlesier“ Oppeln, Bismarckstr. 11 II. Fernruf 98. Zweigstelle Kattowitz, GutsMuth-Str. 19 III. Postfachkonto Breslau I Nr. 29395.

Nummer 19. 2. Jahrgang.

**Inhalt:** Die staatsrechtliche Stellung Oberschlesiens. — „Außer“ oder „Außerdem.“ Von einem oberchl. Richter. — Kunst in Oberschlesien. Von Wirbisky. — Der Kampf im Ostschlesischen Ländchen um die Deutsche Schule. Von Morawus. — Aus Oberschlesiens Vergangenheit. Von Kuber. — Kritik an der Kritik des Pfarrers Dr. Nieborowski. Vom Verfasser der Broschüre „Die oberchlesische Frage.“ — Karl Heinrich Fabian v. Reichenbach. Von Lippa. — Breslauer Musikbrief (Messewoche). Von Merdies. — Monatschronik für April 1920. — Von oberchlesischen Bühnen. Von A. B. — Wochendchronik.

## Die staatsrechtliche Stellung Oberschlesiens.

Die interalliierte Verwaltungs- und Plebiszitkommission hat ihre jüngsten Anordnungen, durch welche sie der oberchlesischen Bevölkerung das Recht der Teilnahme an der Wahl des Reichspräsidenten und an der Reichstagswahl absperrt und die Mandate der oberchlesischen Vertreter in der Nationalversammlung, der preussischen Landesversammlung und dem Provinziallandtag für erloschen erklärte und den Abgeordneten die weitere Ausübung ihres Mandats unter Androhung der Aussperrung aus dem Ab-

stimmungsgebiet als politisch vom deutschen Reiche losgelöst anzusehen wäre. Eine gewisse Trennung des Abstimmungsgebietes vom deutschen Reiche ergibt sich aber ohne weiteres aus den Bestimmungen des Friedensvertrages. Denn das Abstimmungsgebiet ist durch den Friedensvertrag der Verwaltung einer interalliierten Kommission unterstellt worden, auf welche die Ausübung fast aller der deutschen und der preussischen Regierung zustehenden Befugnisse übergegangen ist. Ebenso mußten die deutschen Truppen und die von der Kommission bezeichneten Behörden binnen 14 Tagen nach Ratifikation des Friedens das Gebiet verlassen, sodaß zur Zeit keine unbefräftete Vereinigung dieses Gebietes mit dem Reiche besteht.

Von erheblicher Bedeutung für die vorliegende Frage ist es, daß eben nicht alle Befugnisse der deutschen und der preussischen Regierung auf die interalliierte Verwaltungskommission übergegangen sind, daß also eine staatsrechtliche Verbindung des Abstimmungsgebietes mit dem deutschen Reiche und Preußen bestehen geblieben ist. So ist von den Befugnissen der Kommission ausdrücklich das Recht der Gesetzgebung und der Steuererhebung ausgenommen. Es ist bezeichnend, daß die Alliierten jetzt allerdings auf einem Umwege das Recht der Gesetzgebung für sich in Anspruch nehmen und damit eine

Verwaltung und Einrichtungen aus den Resten des preussischen Staates bezw. des Reiches bestritten. Oberschlesien bildet nach wie vor mit dem übrigen Reiche ein einheitliches Zollgebiet und die Zollgrenze liegt nach wie vor an der bisherigen Reichsgrenze und es wird dort die Zollkontrolle durch deutsche Zollbeamte auch im Abstimmungsgebiet ausgeübt. Dies alles zeigt jedem Unbefangenen, vorurteilsfreien Beurteiler der Sachlage, daß das Abstimmungsgebiet politisch und staatsrechtlich noch zum deutschen Reiche gehört, wenn dasselbe auch die Ausübung eines großen Teiles seiner Hoheitsrechte in diesem Gebiete auf Grund des Friedensvertrages der interalliierten Kommission überlassen mußte.

Der Friedensvertrag bietet auch der Kommission keine Handhabe, der Bevölkerung die Ausübung der ihr kraft ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Reiche zustehenden staatsbürgerlichen Rechte zu entziehen. Die interalliierte Verwaltung hat auch noch 3 Monate nach Ratifikation des Friedens und sogar nach Übernahme der Verwaltung Oberschlesiens durch sie noch 2 Monate lang die oberchlesischen Abgeordneten ihre Mandate ungehindert ausüben lassen, bis sie auf den Einfall kam, diese Mandate für erloschen

## Landsleute!

Erschüttert durch die in diesen Tagen entlarvten Anschläge erheben wir vor dem Stuhle der drei Befugungsmächte die Stimme und fordern, daß nicht die höchste Kühnheit über unser Land entscheidet, sondern die höchste Vernunft. Schluß mit dem Blutvergießen! Nicht zum zweitenmale der Wahnsinn eines Aufstandes!

Unsere Ziele sind friedlich und offen. Treu stehen wir zu Deutschland. Wir weigern uns, Bande zu zerreißen, die eben so alt sind wie der Glaube unseres Landes an den Gekreuzigten. Manche wünschen eine freiere Selbstständigkeit Oberschlesiens, wünschen sich ein zweites Bayern. Wir halten niemand zurück. Wir rufen jeden, der will, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt. In welcher Form, darüber haben sich die politischen Parteien auseinanderzusetzen, und die Reichsverfassung öffnet dem Selbstständigkeitsdrange weit das Tor. Wir erkennen die politischen Parteien an. Sämtliche politischen Parteien, die für Deutschland eintreten, sind gebeten worden, an dem Aufbau und der örtlichen Vertretung unserer Organisation zusammenzuwirken. Die nächsten Wochen werden davon erfüllt sein, dieses Gebäude aufzurichten. Wir wollen freie Entfaltung jeder gottgeschaffenen Art. Wir werden dazu helfen, die Gleichberechtigung des Polnischen sicherzustellen.

Ihr Freunde Deutschlands, seid unverzagt, denn es ist in diesem Lande kein Stein, der nicht für Euch zeugte. Aber seid wachsam und entschlossen. Wenn der Versucher umgeht, wenn das Beispiel der Grenzzeitung und andere traurige Euch bewegen, so wisset: Korfanth kauft den Verrat und verachtet den Verräter.

Oberschlesische Landsleute! Wir wollen Euer Schutz und Rat sein. Gebt uns dafür Eure Augen und Eure Ohren. Was irgend von Wichtigkeit ist, meldet sofort.

**Plebiszit-Kommissariat für Deutschland.**

**Komitet plebiscytowy za Niemcami.**

Dr. Urbanek, Kattowitz, Centralhotel, Bahnhofstraße 12, Fernsprecher 2280.

stimmungsgebiet verbot, damit begründet, daß das Abstimmungsgebiet während der Dauer der Befugung politisch zu keinem Lande gehöre. Wäre diese Ansicht zutreffend, dann würde sich gegen die dorewähnten Anordnungen mit Ausnahme der angeordneten Aussperrung rechtlich nichts einwenden lassen. Allein diese Auffassung ist mit der Ausgestaltung der im Friedensvertrage über Oberschlesien getroffenen Bestimmungen unvereinbar.

Allerdings heißt es in Art. 88, daß die Bevölkerung berufen ist, im Wege der Abstimmung kundzutun, ob sie mit Deutschland oder mit Polen „vereinigt zu werden wünscht.“ und in dem französischen Texte ist gar von rattaches, also von Wiedervereinigung, die Rede. Eine Vereinigung ist nur möglich, wenn vorher eine Trennung bestanden hat. Die Trennung braucht aber keine vollständige zu sein, und auch nicht auf dem Gebiete der staatsrechtlichen Zuständigkeit zu liegen. Es folgt daher aus dieser Wortfassung keineswegs, daß Oberschlesien bis zur endgültigen Entscheidung über seine

von ihnen als unbequem empfundene Beschränkung, welche sie sich in ihrem Friedensbittat selbst auferlegt haben, beseitigen wollen. Die gesetzgebende Gewalt über das Abstimmungsgebiet ist nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages beim deutschen Reiche und bei Preußen geblieben; sie hat nur die eine Einschränkung erfahren, daß Abänderungen von Gesetzen und die Erhebung neuer Steuern im Abstimmungsgebiet an die Zustimmung der Verwaltungskommission gebunden sind, mit anderen Worten: Die Entente kann zwar jede Veränderung des bestehenden gesetzlichen und steuerrechtlichen Zustandes in Oberschlesien durch Verweigerung ihrer Zustimmung verhindern, aber sie kann ihrerseits daselbst weder neues Recht schaffen noch bestehendes Recht außer Kraft setzen. Die Steuern, Abgaben, Gebühren und Gefälle werden in Oberschlesien nach wie vor für das Reich und Preußen eingezogen, und umgekehrt werden die Ausgaben für die Befolgung der Beamten sowie die jährlichen Ausgaben für die Bedürfnisse der staatlichen

zu erklären. Sie greift damit sogar in die Rechte der außerhalb des Abstimmungsgebietes liegenden Teile Oberschlesiens ein; denn die von dem nur einen einzigen Wahlkreis bildenden Regierungsbezirk Oberschlesien gewählten Abgeordneten vertreten, ja ohne Rücksicht darauf, wo sie ihren Wohnsitz haben, alle Teile des Wahlkreises und durch das Ententeverbot werden auch die der interalliierten Kommission nicht unterstehenden Teile Oberschlesiens der politischen Vertretung beraubt. Da das Gesetzgebungsrecht über das Abstimmungsgebiet bei Deutschland und Preußen verblieben ist, lediglich eingeschränkt durch das Erfordernis der Zustimmung der interalliierten Verwaltungskommission zu neuen Gesetzen, so bedeutet der Willkür der Entente, daß der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes beim Erlaß neuer auch für sie geltender Gesetze jedes Mitbestimmungsrecht entzogen ist. Dabei waren es sehr wichtige Gesetze, mit denen sich die Nationalversammlung und die preussische



Landesversammlung nach jenem Verbot noch zu befragen haben, so das Reichsschulgesetz, die Ausdehnung der Grenze der Krankenversicherung, die preussische Verfassung und Städteordnung sowie die Unterteilung des den Ländern von der Reichseinkommensteuer zugewiesenen Betrages zwischen Preußen und den Gemeinden, eine Frage, deren befriedigende Lösung namentlich für die ober-schlesischen Gemeinden schon für das laufende Etatsjahr von vitaler Bedeutung ist.

Auch auf strafrechtlichem Gebiete hat die staatsrechtliche Zugehörigkeit Oberschlesiens zum deutschen Reiche erhebliche Bedeutung. Aus dieser Zugehörigkeit folgt z. B., daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Hochverrat auch im Abstimmungsgebiet weiter Geltung behalten haben, und daß Unternehmungen, welche auf eine gewaltsame Aenderung der Reichsverfassung oder eine gewaltsame der Abstimmung vorgehende Abtrennung dieses Gebiets vom deutschen Reiche hinführen, strafbar sind und von den Behörden verfolgt werden müssen, soweit nicht im einzelnen Falle die Entente vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens die Niedererschlagung verordnet. Es ist die deutsche Staatsgewalt, welche die Beamten und Behörden im Abstimmungsgebiet ausüben, und Zuwiderhandlungen gegen diese Gewalt, welche im übrigen Deutschland begangen werden, zu verfolgen, wenn sie aus irgend einem Grunde nach den Vorschriften der deutschen Strafprozedur zur Verfolgung derselben örtlich zuständig sind. Dies wäre nicht möglich, wenn man Oberschlesien als zur Zeit vom deutschen Reiche losgelöst erachtete. Ebenso sind von den deutschen Gerichten in ganz Deutschland unter das Strafgesetzbuch fallende Handlungen gegen die von der interalliierten Verwaltungskommission innerhalb des Rahmens ihrer Zuständigkeit ausgeübte Staatsgewalt zu bestrafen, da diese Staatsgewalt auf Grund der — auf dem Friedensvertrag beruhenden — Zustimmung des deutschen Reiches ausgeübt wird, und daher nach der herrschenden Rechtsauffassung denselben strafrechtlichen Schutz genießt wie die von deutschen Beamten und Behörden ausgeübte deutsche Staatsgewalt. Es bedarf daher auch zur Abwehr von strafbaren Handlungen gegen die Verwaltungskommission, gegen Angehörige und Bedienstete derselben, keiner besonderen gesetzlichen Bestimmungen und keiner besonderen besonderen Gerichte. Der von der Entente hierfür kürzlich eingefegte besondere Gerichtshof entbehrt auch jeder rechtlichen Grundlage, da er sich als ein Ausnahmegericht darstellt und Ausnahmegerichte nach der auch im Abstimmungsgebiet geltenden Reichsverfassung unstatthaft sind. Die Einsetzung dieses Ausnahmegerichts, dessen Bezeichnung zur Hälfte mit Offizieren der Interalliierten erfolgt und gegen dessen Entscheidungen es kein Rechtsmittel geben soll, ist um so bedenklicher, als nicht nur der Umfang seiner Zuständigkeit an sich schon in der Anordnung zu allgemein gehalten ist, daß die Bevölkerung in ihrem Verhältnis zu den fremden Gewaltgebern völlig diesem fremden Ausnahmegericht ausgeliefert ist, sondern auch dieser Gerichtshof im Zweifel selbst über seine Zuständigkeit bestimmen soll. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Verwaltungskommission aus der ähnlichen Bestimmung des Friedensvertrages, daß sie den Umfang ihrer Befugnisse selbst auszulegen habe, das Recht zum Erlassen von Gesetzen herleitete, obwohl ihr die Gesetzgebungsbefugnisse ausdrücklich im Friedensvertrage abgeprochen waren, um zu erkennen, wie gefährlich eine solche Bestimmung ist und wie sehr damit die verfassungsmäßige Rechtssicherheit der ober-schlesischen Bevölkerung gefährdet wird.

## „Außer“ oder „Außerdem“.

Von einem ober-schlesischen Richter.

Zwei ungleichbare Worte. Und doch hängt an ihnen das Schicksal und die Wohlfahrt von Hunderttausenden für die nächste Zukunft. Freiheit, Ruhe und Ordnung werden gefährdet, einmal wenn den Personen, welche Gesetze, Verordnungen ausführen sollen, der ihnen zukommende Schutz vor den Trägern der Macht nicht gewährt, ja sogar ihnen entgegengebracht wird, ferner wenn die Träger der Macht in das Recht und die Gesetze eingreifen und diese nach Gutdünken abändern wollen.

In der Oberschlesien betreffenden Anlage zum Friedensvertrage Absatz I § 3 ist folgendes bestimmt: Der Ausschuss — die Plebiszitkommission — besitzt außer in gesetzgeberischer oder steuerlicher Hinsicht alle Befugnisse der deutschen und preussischen Regierung.

Als die Entente die Verwaltung Oberschlesiens übernahm und die Oberschlesien angehörenden Teile des Friedensvertrages veröffentlichte, lautete diese Stelle des Friedensvertrages in diesen Veröffentlichungen: Der Ausschuss besitzt außerdem in gesetzgeberischer oder steuerlicher Hinsicht alle Befugnisse der deutschen oder preussischen Regierung.

Vorstellungen wegen Berichtigung dieser unrichtigen Wiedergabe des Friedensvertrages und wegen richtiger Neuveröffentlichung blieben ergebnislos.

Ein Druck- oder Übersetzungsfehler! Das wäre nicht so schlimm! Wenn nur nicht damit schon zum Ausdruck gekommen wäre, wie die Auslegung des Friedensvertrages gedacht war und wovon ein Beispiel die jetzige Bezeichnung des Abstimmungsgebietes bietet.

Nun bestimmt weiter der Absatz II dieses § 3: Der Ausschuss ist selbst für die Auslegung der ihm durch die gegenwärtigen Bestimmungen übertragenen Befugnisse zuständig und hat selbst zu bestimmen, inwieweit er diese Befugnisse auszuüben oder den bestehenden Behörden zu belassen gedenkt.

Aber diese der Plebiszitkommission zustehende Auslegung der Befugnisse kann doch nur in dem Rahmen erfolgen, der durch den oben wiedergegebenen Absatz I des § 3 gezogen ist: — nämlich außer in gesetzgeberischer oder steuerlicher Hinsicht.

Denn wenn die Plebiszitkommission auf Grund der Ermächtigung, ihre Befugnisse selbständig auszulegen, alles tun könnte, z. B. auch Gesetze geben könnte, dann wäre es

## Kunst in Oberschlesien.

Zu dem Aufrufe in der letzten Nummer des „Oberschlesiens“ gibt der unterzeichnete Herausgeber auf zahlreiche Anfragen hin noch folgende Erläuterungen:

1. Unter Oberschlesien ist nicht allein der Abstimmungsbezirk, sondern die ganze Provinz Oberschlesien, also auch das Reisser Land gemeint.
2. Beiträge können einreichen:
  - a) alle in Oberschlesien geborenen Autoren, wo in aller Welt sie z. B. auch wohnen mögen,
  - b) nicht in Oberschlesien geborene, sondern in Oberschlesien eingewanderte Künstler und Kunstfreunde,
  - c) jeder Nichtober-schlesier.

Während die unter a) und b) Genannten Arbeiten auch nicht ober-schlesischen Inhalts einreichen dürfen und ihre Personalien angeben müssen, haben die unter c) Aufgeführten einzig und allein Arbeiten zu liefern, die sich ausschließlich auf Oberschlesien beziehen.

3. Besonders gewünscht werden für den einleitenden Teil Aufsätze geschichtlichen Inhalts, z. B. Oberschlesiens Anteil an der deutschen Nationalliteratur. Die ober-schlesischen Dichter der Gegenwart. Der Vergessenheit anheimgefallene ober-schlesische Künstler. Das musikalische Leben in Oberschlesien einst und jetzt. Meister und sein Gesangsverein. Die Entwicklung der Baukunst in Oberschlesien. Oberschlesische Bildhauer und Maler. Die ober-schlesischen Künstlervereinigungen. Kunstausstellungen in Oberschlesien. Die ober-schlesischen Bühnen. Kunst und Volkshochschule. Gartenbaukunst in Oberschlesien. Sehenswerte Kirchen und Denkmäler in Oberschlesien. Untere kunstvollen großindustriellen Anlagen. Hoffmann von Fallersleben in Kaudern. Ausprüche deutscher Dichter über Oberschlesien. Carl Maria von Weber in Carlsruhe D.-S. Das Reisser Land und seine Dichter. Goethe in Oberschlesien. Die Pflege der Kunst durch die ober-schlesischen Volksbibliotheken. Kleinkunst in Oberschlesien. Oberschlesische Dichtungen in polnischer Sprache u. a. m.

Die Abhandlungen müssen knapp und fernig geschrieben sein, nicht Steine (zusammenhangslose Namen und Daten), sondern tatsächlich etwas Genießbares bieten.

4. Das nicht verwendbare Material wird im Juli zurückgereicht, während den Verpflichtungen den übrigen Einsendern gegenüber nach Fertigstellung des Bandes nachzukommen wird.

5. Für den zweiten Teil werden Gedichte, Skizzen, Novellen, Zeichnungen, Photographien, Noten, Pläne, Abbildungen jeglicher Art benötigt.

6. Für den dritten Teil (Biographisches) kommen Personalnotizen nebst Angabe der geschaffenen Werke (Standort, Eigentümer, Verlag, Uraufführung u. i. w.) auch solcher unter 2a) und b) genannter Autoren, die keine Arbeit eingekandt haben, in Frage. Der Vollständigkeit halber schicke sich keiner aus.

7. Sendungen von Künstlern unter 2a) und b), denen die Angaben des Geburtsortes, der Zeit der Einwanderung in Oberschlesien u. i. w. fehlen, werden nicht berücksichtigt.

Heil Oberschlesien!

Willehn Widojts in Myslowitz, Postfach 37.

ja gegenstandslos, was in Absatz I des § 3 steht: — außer in gesetzgeberischer oder steuerlicher Hinsicht.

Und um diese unheimbaren Wörter: außer, außerdem, ist der Kampf ums Recht entbrannt, und der Ausbruch dieses Kampfes entscheidet, ob dem ober-schlesischen Volke für die nächste Zukunft Freiheit, Ruhe und Ordnung bewahrt bleiben soll.

Aber inwiefern?

Die Plebiszitkommission hat durch eine Verordnung bestimmt: es wird ein Oberlandesgericht in Oberschlesien eingerichtet.

Das preussische Gesetz sagt: Oberlandesgerichte können nur durch Gesetz eingerichtet werden.

Aber das ist doch gleichgültig, ob Verordnung, ob Gesetzgebung. Keineswegs. In fast nach hartem Kampf und vielem Aufwand von Kosten vom Oberlandesgericht für Oberschlesien endlich ein Urteil bekommen, wonach Der Dein Schuldnern 3000 Mark zahlen soll. Dein Schuldner wohnt z. B. in Dresden. Du schickst das Urteil dorthin zum Gerichtsvollzieher. Der aber zuckt die Achseln und sagt: Das erkennen wir nicht an; das Oberlandesgericht in Oberschlesien existiert für mich nicht, weil es nicht durch Gesetz geschaffen ist.

Das Urteil kann man dann zu sonstigen Karikaturen stecken, die Kosten sind unnütz aufgewendet.

Wohlgemerkt: Preußen hat sich zur Schaffung dieses Oberlandesgerichts durch Gesetz bereit erklärt, doch ist das von der interalliierten Regierungskommission nicht angenommen worden.

Die Plebiszitkommission bestimmt: Sämtliche Berufungs- und Revisionsfristen laufen nicht, das Urteil wird nicht rechtskräftig, es kann also damit zunächst nichts gemacht werden.

Das Gesetz sagt: In Zivilsachen ist nach einem Monat, nachdem das Urteil zugestellt ist, nichts mehr zu machen; in Strafsachen ist schon eine Woche nach Verkündung des Urteils nichts mehr zu machen, wenn kein Rechtsmittel eingelegt ist.

Das macht hier der Betroffene? — Soll er warten? — Die Interalliierte Kommission verordnet weiter: Die Disziplinargewalt über alle Beamten steht mir zu.

Das Gesetz sagt: Um die Unabhängigkeit der Gerichte zu wahren, sollen die Richter sich nicht vor den Trägern der Regierungsgewalt verantworten, sondern nur vor Gerichten, und zwar in einem gerichtlichen Verfahren erster und, wenn nötig, auch zweiter Instanz.

Das preussische Gesetz, das auf diese Weise die Unabhängigkeit der Richter sichern will, ist von 1851 und ist also schon eine alte und darum bewährte Sicherheitsmaßnahme für eine unparteiliche Rechtspflege.

Der Gedanke, der in diesem Gesetz festgelegt worden ist, war eine Forderung der großen französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts.

Wie notwendig aber ein solches Gesetz ist, das hat vor mehr als 200 Jahren der Prozeß des Müllers Arnold bewiesen. Friedrich der Große, der in diesem Prozeß anderer Rechtsauffassung als das Kammergericht war, hat damals die urteilenden Richter, die nur nach dem Gesetz und ihrem Gewissen den Rechtspruch fällen und sich zu keiner Rechtsanlicht nicht befehlen konnten, aus ihren Ämtern entlassen und außerdem noch mit 1 Jahr Festung bestraft.

Das war in der Zeit des Absolutismus.

Dieses Verhalten Friedrich des Großen hat damals die Entrüstung und die Mißbilligung der ganzen Welt wahrgenommen.

Und heute, im Zeitalter der Demokratie und der Freiheit?

Sollte Oberschlesien so außerhalb aller Kultur und allen Rechtslebens und Empfindens liegen, daß hier den Richtern die gesetzlich bestehenden Garantien für ihre Unabhängigkeit verlagert werden dürften?

Was jetzt hier ausgefochten wird: das ist der Kampf ums Recht, nicht etwa bloß des Rechts einiger Leute, der Richter, sondern des ganzen ober-schlesischen Volkes.

Für die darum kämpfenden aber gilt zur Zeit, zwar in veränderter Form, aber dem Sinne nach zutreffend der Ausspruch des Papstes Gregor des Großen: amari institum erodi iniquitatem, propterea morior in exilio: Wir lieben das Recht und sträuben uns gegen das Unrecht, daher geht es uns schlecht in Oberschlesien.

## Der Kampf im hultschiner Ländchen um die deutsche Schule.

Von Moravian.

Bekanntlich sind durch den Friedensvertrag von Versailles neun Landgemeinden im nördlichen Teile des Kreises Ratibor, die zum hultschiner Dekanat gehören, der Tschechoslowakei nicht einverleibt worden. Es sind dies die Wargemündungen Groß-Peterwitz, Schammersdorf, Kramowitz, Borutin, Voleslau, Sandau, Hattich und die beiden Orte Klein-Peterwitz und Wolschitz. Den Bewohnern dieser Dörfer war das Glück noch insofern hold, als ihnen das Recht der Abfrimung zugewilligt wurde, sich entweder für Deutschland oder für Polen zu entscheiden. Da man nun bei der kommenden Abstimmung den Verlust dieser mächtigen aber durchaus deutschgeprägten Ortsgemeinden für die Tschechoslowakei befürchtet, suchen die Tschechen bei der Bevölkerung dieser umstrittenen Gemeinden eine lebhafte Agitation zu entfalten und geben sich alle erdenkliche Mühe, sie für den Anschluß an die tschechische Republik zu gewinnen. Kirchliche Zugehörigkeit zum hultschiner Dekanat und zur Erzbischöfliche Diözese, sowie Sprache, Sitten und Gebräuche dürfen die Bewohner dieser genannten Orte von ihren mächtigen Landsleuten, die schon Tschechen geworden sind, nicht trennen. Man solle auch nicht alles glauben, was über die tschechische Republik gefaselt und gelogen wird; denn es sei in Wirklichkeit nicht so schlimm mit den neuen Gebietern, die doch nur als Befreier von der germanischen Knechtschaft kämen; man werde sich bald an das neue Vaterland gewöhnen und mit den geordneten Lebensverhältnissen zufrieden sein.

Wenn auch durch die willkürliche, unnatürliche Grenzsetzung der mächtigen Volksstamm in seiner nationalen Einheit gerissen wird, und ihm dadurch ein schwerer Schaden erwächst, so will dennoch niemand diesen Unpreilungen und Ausfichten auf eine bessere Zukunft Glauben schenken. Vielmehr wird überall die echte, treue, deutsche Gesinnung in scharfen Protesten gegen das verräterische Vorgehen zum Ausdruck gebracht. In diesem Richte zeigt sich auch das hultschiner Volk, das gegen alles Völkerverrecht seiner Abstimmung herab, gezwungen sich unter das Joch einer Fremdherrschaft beugen mußte. Tagtäglich kann man diese Leute hören über die unerhörten Unthaten der Regierungsmagnaten seitens der tschechischen Gebiete. Ganz besonders sind es die harten Verfügungen, denen zufolge das neuverworbene Gebiet möglichst schnell tschechisiert werden soll. Die deutsche Sprache soll ganz verschwinden und durch die tschechische vollauf ersetzt werden. Darum sollen die Beamten, vor allem die Lehrer gezwungen werden, entweder die tschechische Schriftsprache zu lernen oder ihre Lehrtätigkeit aufzugeben und ihre liebgeordnete Heimat zu verlassen. Sie haben von den 150 Lehrern und Lehrerinnen 72 ihr Amt gleich nach der Bezeichnung niedergelegt, nachdem sie vielleicht Jahrzehnte lang mit dem mächtigen Volke im besten Einvernehmen gelebt haben. Sie haben nicht bloß zum Segen der Schule und Kirche gewirkt, sondern sich auch nicht selten für die Gemeinde in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht betätigt. Außerhalb ihres Amtes waren sie in der Regel als Gemeindevorstände, Orts- oder Gutssekretäre, als Standesbeamte, als Leiter der Carlsplatzkassen oder Genossenschaft mit den Ortsanfällen auf engste verbunden. Wie muß es da diesen dankbaren Leuten zu Mute sein, wenn sie es erleben müssen, wie ihre treuen Lehrer, Erzieher und Berater die liebgeordnete Wirkungsstätte für immer verlassen müssen? Die so frei gewordenen Stellen bemüht sich die tschechische Regierung mit rein tschechischen Lehrkräften, die kaum deutsch reden können, auszufüllen. Die übrigen ansässigen Lehrer, die der neuen Regierung den Amtseid geleistet haben, werden nun gezwungen, allmählich zweimal am Unterrichts in der tschechischen Sprache teilzunehmen, um diese möglichst schnell zu erlernen, damit die deutsche Schule schon zu Beginn des neuen Schuljahres im kommenden September tschechisiert werde. Denselben Fehler, den die frühere deutsche Regierung durch rücksichtslose Germanisierung gegenüber den Polen begangen hat, begehen jetzt ebenfalls die Tschechen durch die gewaltsame Ausmerzungen der deutschen und Einführung der tschechischen Unterrichtssprache in der Volksschule. Gegen diese Gewaltmaßnahme hat sich das





Oberschlesische Landschaft mit Hubertushütte.

ganze Sileschener Völkchen einmütig erhoben und seinen Protest zum Ausdruck gebracht in den Schulstreiks, die überall ausgebrochen sind, wo bereits tschechische Lehrer neu angestellt wurden. Denn dem Sileschener wie dem Benschauer, dem Krawarnier wie dem Stöberwitzer genügt es vollständig, wenn seine Muttersprache in der Familie und Kirche gepflegt und geübt wird; aber in der Volksschule will er unbedingt die deutsche Sprache lernen und in ihr unterrichtet werden. Unser gutes Volk weiß genau, daß es bisher mit der deutschen und mit der mährischen Sprache, die es geläufig beherrscht, überall in der Welt durchgekommen ist und sich Erwerb und Verdienst zu verschaffen verstanden hat. Ja ist es denn nicht die deutsche Sprache gewesen, die dem mährischen Volke die ganze Kultur vermittelt hat? Ein Mensch, der heutzutage nur seine Landessprache spricht und sonst keine Weltsprache beherrscht, gleicht einem Menschen, der nur eine Hand hat. Und zu solchen einarmigen Krüppeln jetzt unsere harmlosen, zweisprachigen Leute mit aller Gewalt und Schikane von den Tschechen gestempelt werden. Die tschechische Sprache ist eben, wie alle anderen slavischen Sprachen nur Landessprache, die deutsche Sprache dagegen Weltsprache. Darum ist es auch unseren strebenden Leuten einleuchtend, daß sie durch Ausrottung der deutschen Unterrichtssprache in der Schule einmal aufhören werden, Utraquisten zu sein und verurteilt werden, nur die eine tschechische Landessprache zu sprechen, die in ganz Europa keine acht Millionen ihre Nationalsprache nennen.

Wie nun der tschechische Unterricht in den Schulen durchgeführt werden soll, kann man sich aus einer Äußerung des Bezirkschulinspektors in Sileschitz vorstellen, der da meinte: „Die Durchführung unserer Anordnungen betreffs des tschechischen Unterrichtes wird mit Gewalt erfolgen, denn wir haben die Macht, eine solche Macht, daß hinter jede sich sträubende Person ein Soldat gestellt werden kann.“ Die tschechischen Lehrer zeigen eben, auch den harmlosesten Vorfall, an zuständiger Stelle an; es erscheint dann sofort die Gendarmen, um die Beteiligten zu vernehmen und behandeln die harmlosen Leute, die auch nur ihre Wünsche den tschechischen Lehrern vorzubringen trauen, wie gemeine Verbrecher. Aber trotz aller Schikane wird der Kampf um die deutsche Schule mutig und furchtlos weitergeführt, wie es z. B. folgender Vorfall in Deutsch-Krawarn deutlich beweist. Um wegen des fortgesetzten Schulstreiks mit den Krawarnern zu verhandeln, beglückte eines Tages der Bezirkschulinspektor diesen Ort mit seiner Anwesenheit. Als es bekannt wurde, daß der Herr da sei, wurden die Leute sofort durch ortsübliches Ausklingeln aufgefordert, sich in der Schule zu versammeln. In einer von Männern und Frauen überfüllten Klasse wurde nun verhandelt. Die Leute haben in der energischsten Weise ihr gutes Recht verlangt, daß ihnen die deutsche Schule erhalten bleibe und zwar in einer, den Krawarnern eigenen Reihe, jedoch dem Bezirkschulinspektor nichts anderes übrig blieb, als mit den beiden tschechischen Lehrern abzusprechen. Beim Abschiede sagte der Schulinspektor den Leuten: „G Boheim!“ (Mit Gott), worauf die Weiber ihm entgegen schrien: „Sie sind ja ein Hussit, ein Verräter!“ So führt nun das Sileschener Völkchen einen heldenmütigen Kampf um seine Ideale, die es sich von keiner

Macht der Welt rauben lassen wird. Unsere Leute wissen es genau, daß mit der Tschechisierung der Schule nicht bloß die deutsche Sprache verschwinden soll, sondern zugleich auch der Katholizismus untergraben und der Hussitismus seine Vorbeeren ernten wird. Auf diese Weise wird wohl niemals eine Verständigung zwischen dem unterdrückten Volke und seinen Bedrückern, die sich doch als ihre Befreier aufspielen, erzielt werden.

Wäre es denn nicht vorteilhafter, wenn die Tschechen den christlich-staatsrechtlichen Grundjag befolgen würden, daß in einem Staatswesen, das mehrere Nationalitäten in sich vereinigt, nicht um die Sprache gestritten, sondern um Bildung und Kultur in allen Zweigen und Gebieten gewetteifert werden sollte? Würde die tschechische Regierung nicht viel klüger handeln, wenn sie es den Eltern überlassen würde, in welcher Sprache sie ihre Kinder unterrichten wollen? Doch die hypernationale Veranlagung der fremden Herrscher läßt solche Gedanken nicht aufkommen. Denn die Nationalität ist dem echten Tschechen das höchste und heiligste Gut; das national-tschechische Bewußtsein geht ihm über alles.

Zuerst bin ich geboren, dann erst getauft, erklärte der frühere Prämonstratensermonch und jetzige Eisenbahnenminister Zahradník, d. h. erst bin ich Tscheche, dann Katholik. Gerade umgekehrt ist das Verhältnis von Nationalität und Religion bei unserem mährischen Volke. Ihm gelten Religion und Glaube, Gott und Kirche als höchste und heiligste Güter auf Erden. Dabei wird es aber auch nie in seiner Liebe zu den Diesseitsgütern, in der Treue und Anhänglichkeit zur deutschen Nation, mag diese auch die verachtete in der ganzen Welt sein, nie in der Liebe zur mährischen Muttersprache nachlassen oder gar erkalten. Aber ein großes Übel erblidt unser gläubiges Volk in dem ausgesetzten Nationalismus, der die Nationalität über die ewigen unvergänglichen Güter stellt. Und so fühlen, denken und handeln die Tschechen, deren Wahlspruch lautet: „Tschechisch ist uns die Hauptsache.“ Damit beweisen sie, daß sie dem heidnischen Nationalismus verfallen sind und den katholischen Geist verloren und somit auch kein Verständnis haben für die Worte Christi: „Wer Vater und Mutter mehr liebt als mich, ist meiner nicht wert.“ Steht Gott nicht im Mittelpunkt alles Lebens im Volke, dann betet es Götzenbilder an, von denen eines die Nation ist. Darum sehen wir bei unseren Leuten eine so große Abneigung gegen die christlich-tschechische Regierung in Prag, die für den Katholizismus nichts übrig hat, für das Nationalitätseigentum aber alles daran setzt. Darum finden wir auf der einen Seite alle Sympathie für die vertriebenen, gläubigen, deutschen Lehrerschaft und auf der anderen Seite nur lauter Abneigung und Argwohn gegenüber den kommenden tschechischen Erziehern und Jugendbildnern, die zuweilen als Gottesläugner gar bald das Gift des Unglaubens unseren Kinderherzen einimpfen werden. Auf diese Weise wird die gegenwärtige Gereiztheit und Erbitterung im Sileschener Völkchen durch die systematische Bevorzugung der tschechischen und durch die fortgesetzte Unterdrückung der deutschen Sprache immer weiter genährt und so eine Assimilation der Lehrer mit den Tschechen unmöglich und undurchführbar sein.

## Aus Oberschlesiens Vergangenheit.

Von Paul Anger.

### 6. Unter der Schut der neuen Pfleger.\*)

2. Teil.

Ob noch die deutsche Besiedelung und das Magdeburger Stadtrecht während des Mittelalters — immer weitere Wellenkreise ziehend — ihren grandiosen Siegeszug in die Ostmark und auch nach Oberschlesien antrat, lebten die slavischen Bewohner dabeist in der drückendsten Hörigkeit. Zu den mannigfachen Dienstleistungen waren sie verpflichtet, die uns unter dem Namen polnisches Recht (jus polonicum) bekannt sind. Diese bestanden: in der Grundsteuer (poradnie), der Bauplatzabgabe (podworowo), dem Marktgeld (targowe), dem Vorpann (powóz), dem Geleit durchs Gebiet (przewód), dem Nachtquartier und Unterhalt des Fürsten und seiner Beamten (stan), der Verpflegung der Jäger und Hunde beim Jagen (psare), der Aufsicht über die Wälder (hobrownia), der Waldfron (losno), dem Waden (stroza), den Schungen in Lebensmitteln (naraz), in der Überbringung der Befehle (podwoda) und im Holzschlagen (proseca). Noch im 13. und 14. Jahrhundert entrichteten die Bauern im Oppelner Lande — dem Walddrehtum entsprechend — ihren Lehnen in Honig, Sperber und Habicht, wie man anderswo jagar Eichhörnchen- und Marderfelle gab.

Aus dem Register von Lieft (registrum Wyasdens) vom Einnahmebuch des Breslauer Bistums aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts (Liber fundationis), erleben wir z. B., daß 25 % der Ortschaften hierköstlich noch nach altpolnischer Sitte zinsten (more polonico). In 24 Fällen besteht der Zehnt aus Honig, in 5 ist es ein Sperber und in einem Falle ist es ein Habicht. Hörige Gärtner hatten in der Regel kleinere Grundstücke, welche sie gegen Grundzins und Erzeugnisse sowie auch persönliche Dienstleistungen bebauten. 1319 gab es z. B. in Frauendorf bei Oppeln 16 Gärtner, deren jeder jährlich 2 Groschen entrichtete, 4 Jünger stieferte und jährlich zweimal für das Kloster in Czarnomaz arbeitete. Aber auch noch aus späterer Zeit liegen uns urkundliche Belege für die Hörigkeitsverhältnisse in Oberschlesien vor. Noch am Ende des 16. Jahrhunderts waren die Bauern in Budzowitz, Kr. Oppeln, verpflichtet, auf ihrem Grund und Boden junge Sperber und Habichte aus den Nestern zu nehmen und für die fürstliche Herrschaft aufzuziehen. Und die Fischer bei Krappitz und Groß-Strehlig

\*) Auch in Nr. 17 muß es „6.“ statt „5.“ heißen.

1) Die Ritter besaßen nach dem jus militare einen freien Zehnt (decima libera). Es war ein altes Vorrecht des Adels, daß sie in der Zehntabgabe nicht an eine bestimmte Kirche gebunden waren. Die Zehntabgabe bei nicht freier Kirchengewalt nannte man decima in gonitavum gonitwa = bestimmt abgegrünter Bezirk. Sgl. die Urkunde des Kollegiaten zum hl. Kreuz in Oppeln. Auch in kirchlicher Beziehung haben die deutschen Ansiedler viele Vorrechte zu erreichen gewußt. Als die deutschen sich wegen des langen polnischen Zehntens beschwerten, wurde 1262 zu ihren Gunsten entschieden. Durch sie ist es auch erreicht worden, daß der Garbenzehnt in einen Geldzehnt verandelt wurde. Solcher Erfolg aber war eben nur möglich, weil die „fremden Götter“ ins Land gekommen waren, wie dies eine Urkunde deutlich ausdrückt (qui ad incoledum terram eandem de Theutonia advenierunt). Die Vereinfachung einer Schenkung für die Pfarrei, ihre Ausgestaltung mit Grundbesitz nach deutscher Sitte entfaltete dem fränkischen Rechte der Karolingerperiode. In dem 10. Kapitel des Kirchenkapitulars Kaiser Ludwig des Frommen von 818 wurde dies bestimmt.



mussten in eben dieser Zeit Schwanz und Füße der gefangenen Wiber als Lederbissen ihrem Herrn abliefern.<sup>2)</sup> Unerwartete Rücksichtslosigkeit und rohe Härte kann unter diesen Umständen die Lage der Bewohner bis zur Unerträglichkeit gestaltet haben. Jedenfalls aber war es ein sehr hartes Los. Und die vorhandenen urkundlichen Belege geben uns von dem kulturellen Tiefstand der slawischen Periode ein anschauliches Bild. Dieses vor allem muß man eben ins Auge fassen und recht würdigen, um sich der Bedeutung von der Einführung des deutschen Rechtes in Oberschlesien durchaus klar zu werden und die eingewanderten Deutschen als Bringer der Freiheit zu begreifen!

In diesen trostlosen Verhältnissen der damaligen Hörigkeitsperiode schuf nun eben die deutsche Besiedelung einen durchgreifenden Wandel. Gerade eben gelockt durch zahlreich in Aussicht gestellte Vergünstigungen (Libertas) waren ja die fernsten Deutschen ins Land gekommen, um sich der mühseligen Rodarbeit mit Erfolg zu unterziehen.<sup>3)</sup> Denn die deutsche Einwanderung in Oberschlesien bildet eine ganz neue, glanzvolle Epoche in der Geschichte des Landes, da die Deutschen ein völlig neues Recht mit nach Schlesien brachten (ius theutonicum). Nehmen wir einmal die Urkunde von 1247 von Herzog Wladislaus über Repten bei Beuthen vor. Die Einwanderer erhalten darin zugesichert: Freiheit von der Pflicht des Wagenstellens und Weggegens (poveod, slad, povoz sive eum planstro sive eum poliste non ducent). Sie brauchen nicht für den Unterhalt des fürstlichen Hofes zu sorgen (nec conductum procurant), sie sind frei vom Burgwachdienst und der Hauspfahlgabe (podevorovo et stroizam non solvent) und von den üblichen militärischen Verpflichtungen des Opolbauern, Heereszug, Holzhau und Burgenbau (ad expeditiones et procescas et edificis castris non procedunt). In Jarzisl, Mr. Rosenburg, werden die Ansiedler befreit von der polnischen Gerichtsbarkeit (Mastellan) und ihren Organen (imunes ab angariis, que exiguntur a Polonis, volumus autem, ut nec castellanus, nec aliquis iudex noster ibidem aliquod ius sibi usurpare presumat). Auch die Aenderung in dem Gerichtsverfahren ist sehr interessant. Bei dem polnischen Gericht war nämlich der Fürst und sein Beamter zugleich Richter und Urkaiser, während im Deutschen die Funktionen getrennt blieben, wodurch in der Verwaltung eine gewisse, sehr schätzenswerte Selbstständigkeit erzielt wurde.<sup>4)</sup> Namentlich die neu entstandenen Stadteingemeinden waren bekanntlich die Träger dieses Prinzips. Nur die oberste Gerichtsbarkeit behielt sich gewöhnlich der Herzog selbst vor, wie wir dies z. B. aus der Urkunde von Repten deutlich erkennen (astalant soli duci). Auch die polnischen Gerichte ahmten schließlich die deutschen nach. So ist z. B. die auch in Oberschlesien bekannte Haude kein altpolnisches Gericht, wie manne Historiker irrtümlich meinen, sondern einfach eine Nachbildung des deutschen Schöffengerichtes. Aber trotz aller Wohltaten, die das deutsche Recht dem Polen brachte, gewinnen wir — genauer betrachtet — doch den Eindruck, als wenn der Pole von Natur aus zum Sklavenstande zu sehr disponierte, daß viele nicht einmal fähig waren, den Wert der Freiheit richtig abzuschätzen!

Es ist für den Forscher heimatlischer Geschichte nicht uninteressant, die vielfachen Pfaffen des gewinnbringenden Unternehmertums in Oberschlesien an der Hand von Urkunden zu verfolgen. Die unternehmenden Landesherrn unterzogen mehrfach die von ihnen beauftragten Lokatoren in der ersten Zeit mit Geld und anderen Hilfsmitteln. Später kam es nicht mehr vor, da dann diese selbst mit Kapital ausgestattet sein mußten und ihr Geschäft bei zunehmender Kultivierung des Landes und eintretender Geldwirtschaft eine Art Spekulation wurde. Aber den Kapitalanwand hierbei erhalten wir manchmal genügende Kenntnis. So kaufte 1278 Graf Stephan von Bernitz, Mr. Gleiwitz, den einem andern Grafen gehörigen Teil des Dorfes diesem für 22 Mark ab und verkaufte das ganze Dorf 1279

an zwei Lokatoren zur Auslegung, indem er ihnen die 6. Hufe als Lokationsanteil überließ und 16 Freihufen gewährte. Für eine Hufe wurden 10—50 Mark bezahlt, so daß — auch bei einem auch nur mäßigen Kaufpreis — infolge der Größe der Gebiete oft ganz überraschende Summen von Seiten der Unternehmer aufgewendet wurden. Mitunter kaufte der Ausleger allerdings nur das Schuldenamt des Dorfes, jedoch mit der Verpflichtung, die Befegung der Hufen zu übernehmen. So kauften 1290 zwei Lokatoren für 50 Mark das Schuldenamt in Lendzin, Mr. Pleß, zu dem die 7. Hufe, 2 Mühlen u. a. gehörten, mit der Verpflichtung, das Dorf zu klämschem Recht auszugeben. In der Dorffurur muß übrigens nach der Urkunde noch viel Waldboden vorhanden gewesen sein. Bei Unternehmungen großen Stils, wie in Ujest, wo der Lokator zugleich mehrere Dörfer auf einmal gründen sollte, war es nur möglich, wenn er auch in den übrigen Dörfern untergeordnete Lokatoren als Gehilfen anstellte. Es kommen aber auch eigenartige Fälle vor, bei welchen der Leiter des Unternehmens sich nur aus Gefälligkeit zur Lokation zu entbieten scheint. Im Jahre 1263 übernahm Morco, Palatin von Oppeln, „auf Bitte“ des Abtes von Hauken die Befegung von hundert großen Waldbufen, wobei er sich auf Lebenszeit die Zinsen ausbedung, während nach seinem Tode alles dem Kloster zufallen sollte. 6 Jahre später übergab der Graf 50 Waldbufen davon einem gewissen Heinrich zur Lokation unter normalen Bedingungen bei 15 Freijahren, so daß er — da er damals schon ein alter Mann war (denn er besaß einen erwachsenen Sohn) — während seiner Lebenszeit kaum noch den ausbedungenen Hufenzinsen genossen hat. So tritt das Unternehmertum verschiedentlich auf, das für den Lokator geradezu eine Existenzfrage war, während der Grundherr selbst hierbei wenig oder gar nichts zu riskieren hatte.

Wie wenige Oberschlesier wissen etwas von dem großen Bahnbrecher der Kultur in unserem Lande, einem Herzog Kasimir von Oppeln († 1280), der mit kraftvoller, zielbewusster Hand die deutsche Besiedelung in die Wege leitete und so für die Veredelung seiner Untertanen besorgt war. Im Verein mit der Kirche erhebt er uns — wie aus zahlreichen Urkunden zu erkennen ist — als Begründer und Verbreiter des deutschen Rechtes in Oberschlesien, welches dem Lande von so unsagbarem Segen war und die eisernen Ketten der Leibeigenschaft — für ein gutes, doch unglückliches Boll hart geschnitten und zu selbsthütigen Zwecken gemißbraucht — anfang zu brechen. Schon im Jahre 1225 sehen wir, daß der Herzog Kasimir dem Dorfe Kostental, Mr. Kofel, welches er mit deutschen Bauern besetzt hat, gleiches Recht verleiht wie seinem Dorfe Wila (= Jülz), ihnen einen Gleicher, Wäder und Schanwehr bewilligt, sie von vielen Lasten befreit, von der allgemeinen Geldabgabe, dem Kriegsdienst außer Landes, und ihnen einen eigenen Richter gewährt; nur die Todesstrafe behielt er sich vor. Auch der Bischof von Breslau, Lorenz, trat als Grundbesitzer in Oberschlesien — schon 1155 wird das Gebiet von Ujest in der Nähe von Kofel als der Kirche gehörig bezeichnet (circumitus iuxta Uozli) — eifrig kolonisationsfördernd in die Fußstapfen des Herzogs. Dieser erteilte ihm, um ihm seine Gunst zu beweisen, das Recht, in seinem Landgebiete Deutsche anzusiedeln. Zugleich schenkte er dem Bischof auch den Ertrag von der Fischerrei, mit Ausnahme der Wiber, und der Mühlen, sicherte freie Jurisdiktion und behielt sich nur das Münzrecht vor. Bei einem Kriege innerhalb des Landes sollen sich die Einwohner unter die Fahnen des Herzogs stellen; geht aber der Zug über die Grenzen des Landes hinaus, dann sollen sie nur drei bewaffnete Männer in eines der herzoglichen Schiffe schicken, und die damit verbundenen Ausgaben bestreiten, bis der Herzog in sein Land zurückgekehrt ist. Von dieser Verpflichtung akur sollten die Untertanen des Bischofs in den nächsten 5 Jahren befreit sein. Diese Verhandlung wurde in Kofel vollzogen. Bald nach der Rückkehr des Herzogs nach Oppeln wurde aber dieser Verhandlung noch eine neue Bedingung hinzugefügt und in der Urkunde aufgenommen. Wenn nämlich ein herzoglicher Unterthan auf dem Landgebiet von Ujest ein Verbrechen begeht, so gehöre das Strafgeld dem Herzog und nur ein Drittel durfte sich der Ortsrichter behalten. Sodann übertrug der Bischof 1223 die ganze Anlage des Dries dem Vogte Walter in Reiffe, nämlich eines Marktes und mehrerer Dörfer nach Neumarkter Recht (tam locum forensium quam villas ibidem fundandas eodem iure quo utitur Novumforum, volumus ab eodem et per eundem locari).

Auch der Nachfolger Herzog Kasimirs, Wladislaus von Oppeln († 1286) zeigt dem Breslauer Bischof seine Gunst und befreite dessen Besitzungen in Oberschlesien 1241 noch von weiteren Verpflichtungen, welche die Untertanen gegen ihn, als obersten Herrn des Landes, besaßen, besonders von Landesabgabe und der Heeresfolge, nur mußten sie, wenn der Herzog im Auslande Krieg führte, einige Bewaffnete in die herzoglichen Heeren stellen. Das Ober- und Untergericht, sowie der 10. Teil des Ertrages von aufzuhebenden Vergewerken sollten dem Bischof gehören. Fernerhin gab der Herzog dem Bischof sogar 1243 das deutsche Marktrecht und bestimmte, daß die bischöflichen Untertanen von allen Lasten befreit sein sollten, mit Ausnahme der Landesverteidigung. Der Bischof selbst konnte einen Vogt einsetzen. Im Jahre 1260 gab der Herzog noch weitere Vergünstigungen. Als er in der Nähe der bischöflichen Stadt Ujest eine herzogliche Stadt, Schlawenitz, gegründet hatte, die aber das Aufkommen der ersten hinferte, entzog er ihr das Marktrecht und bestimmte weiterhin sogar, daß die öffentliche Straße in Zukunft durch Ujest gehen sollte. Außerdem schenkte er mehrere Güter und 80 Hufen Land bei Pomischowitz. Nur bei einem Kriege über die Grenze sollten die Ansiedler 10 leere Wagen stellen, die nachher wieder zurückgegeben werden mußten.<sup>5)</sup> 1247 verleiht Herzog Wladislaus den deutschen Ansiedlern in Repten bei Beuthen, außer Befreiungen von vielen Lasten, das Recht des freien Vieles (plumbum habebunt liberum). Dieser Ausdruck in der Urkunde ist allerdings nicht ganz klar; denn wir wissen nicht, ob er sich auf den Bergbau bezieht oder nur auf den freien Verkauf des Vieles.

Aus den wenigen, hier gebotenen Proben der reichen Fülle urkundlicher Nachrichten über die deutsche Besiedelung Oberschlesiens<sup>6)</sup> erkennen wir aber deutlich, wie damals Staat und Kirche eifrigst bemüht waren, die Kultur unseres Landes zu fördern und das traurige Los der bedrückten Untertanen zu erleichtern. Machten doch die neugegründeten deutschen Städte und Dörfer auch schon rein äußerlich betrachtet, einen guten Eindruck durch die Regelmäßigkeit ihrer Anlage und ihre feste, solide Bauart. Der westliche Teil des Kreises Leobschütz war z. B. vollständig verdeutschet.

Die deutschen Städte Oberschlesiens repräsentieren sich uns als wahre Zentren des Handels und wirtschaftlichen Zentralisationspunkte. Ganz natürlich! Stadt und Dorf stehen zu einander in der denkbar innigsten Wechselwirkung. Die eine bedarf des andern zur gedeihlichen Fortentwicklung. Und erstere ist gar nicht denkbar ohne den bürgerlichen Haushalt und ein kaufkräftiges Hinterland. Als festgegliedertes Ganzes bildeten die Bürger bei uns die erste durch die Interessen für ihre Kreise belebte, selbständige Ordnung der Gemeinde. Schritt für Schritt damit stetig mit erhöhter Wohlhabenheit allerdings auch das Selbstgefühl und damit das Streben nach unbeschränkter Selbstständigkeit und Freiheit.<sup>7)</sup> Unter diesen Umständen mußten freilich bald zwischen den Vätern und Vorfahren der Bürger, den jährlich wechselnden Ratmannen, Streitigkeiten über Grenzen der Gerichtsbarkeit, Umfang der Rechte und Befugnisse beider Behörden eintreten. Wir sehen dies an dem Beispiel von Ratibor. Schon 1293 teilten die Schweidnitzer der Stadt Ratibor mit, daß der Vogt weder Ratmänner noch Schöffen zu wählen

<sup>1)</sup> 1247 erhielt Kofel, Mr. Kofel, welches den Brüdern des Hospitals von Ujest in Breslau gehörte, vom Herzog Wladislaus den Markter Recht (nos, dei gracia dux Wladislaus de Opol, ad petitionem fratrum hospitalis in Wratislavia conferimus libertatem iuris theutonicis secundum statutum ius in Novopolari in villa, quae cosky vulgariter vocatur). 1310 erhielt Damscho, Mr. Reibschitz, deutsches Recht (ut omnes ibidem locati iure gaudeant supradicto). 1321 bekommen Wambor und Gschitz, Mr. Kofel, deutsches Recht. Wengob und seine Brüder, denen die Freiheiten erteilt wurden, waren Zeitsch und stammten aus Oläfen, Mr. Reibschitz. 1293 erhielt das Garmowanger Gut Wenzig deutsches Recht. Sodann können wir öfters auch Umlegungen polnischer Dörfer zu deutschem Recht nachweisen. Dies geschah z. B. in Klein-Dobren, Mr. Oppeln, 1326.

<sup>2)</sup> Wir haben von sehr vielen Urkundlichen Oberschlesiens Belege für die Bewandlung mit deutschem Recht. Als z. B. 1274 die Verleihung des Garmowanger Gutes Kofel, Mr. Kofel, Reichen übertragen wurde, wurde das Dorf germanisiert. Wambor im Jahre 1305 hatte es 13 Hufen, von denen jede ein Walter Reibschitz entrichtete (Item in Wroblin XIII mansi et totidem maldrate triplicis amone). Der Markter Recht aber wurde in Schlesien erst von den deutschen Kolonisten eingeführt; die Polen gaben den Feld- oder Garbenzehnten! 1246 hat Bernitz, Mr. Gleiwitz, deutsches Recht, 1248 Grotz, 1276 Petersdorf.

<sup>3)</sup> Anfolge der damals auch in Oberschlesien vorhandenen Märieren schloffen die damals häufig emporblühenden Städte auf Anregung des Herzogs Wladislaus von Oppeln 1384 in Ober-Glogau ein Städtebündnis zum Schutze gegen Norddeutsche und abelige Begehrer. Zu diesem Bündnis gehörten 21 Städte, darunter waren Oppeln, Oberglogau, Neustadt, Falkenberg, Jülz, Steinau.

## Karl Heinrich Sabian v. Reichenbach.

zu seinem 100 jährigen Todestage, 8. Mai 1820.

Von Heinrich Lippa.

Der Name Graf K. H. v. Reichenbach dürfte der Allgemeinheit heutzutage kaum mehr geläufig sein. Was verschlägt es indessen, wenn nur die mit ihm verknüpften guten Taten fortleben. Und das soll sich jeder selbst leisten lassen, vornehmlich unsere ober-schlesischen Landsleute, daß Karl v. Reichenbach, der erste Präsident der 1816 neuerrichteten Oppelner Regierung, mit derjenige war, auf dessen Arbeit und Verdienste ein sehr erheblicher Teil Wohlhabenheit, Ehre und Ruhm des Oberschlesienlandes noch in der Gegenwart ruhen. Was er einst vor einem Jahrhundert zum Wohle unserer engeren und weiteren Heimat geschaffen, das wird nimmer vergessen und sei nachfolgend in kurzen Zügen in pflichtgemäßer Dankbarkeit in Erinnerung gebracht.

Aus Reichenbachs Leben sei erwähnt: Er ist zu Bobanowitz, Kreis Posen, einem hart an der polnischen Grenze gelegenen Dorfe, 14. November 1778 geboren. Sein Vater, Inhaber der Herrschaft Bessel bei Als, ein wissenschaftlich vielseitig gebildeter, von Geburt und Standesvorurteilen freier Mann, ließ dem Sohne eine ausgezeichnete Erziehung angedeihen. Durch gediegene Hauslehrer sorgsam vorbereitet, bezog der Vierzehnjährige das Bädagogium zu Halle und nach 4 Jahren die Hochschule zu Frankfurt a. O. (1811 mit der Breslauer vereinigt). 1798 trat er in den praktischen Staatsdienst ein, zuerst beim Kgl. Kammergericht

in Berlin, dann als Assessor bei der damaligen höchsten Gerichtsbehörde zu Warschau und ein Jahr später in gleicher Eigenschaft beim Kgl. Oberamte in Breslau. 1805 wurde Reichenbach Rat bei der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau (und ging damit aus der gerichtlichen in die verwaltende Laufbahn über). 1809 unter Umgehung der Rangordnung Leiter der Breslauer Regierung. In den preussischen Unglücksjahren bewährten sich die überlegenen Fähigkeiten des jungen Beamten in hervorragender Weise, so hauptsächlich im geschäftlichen Verkehr mit den Befehlshabern der feindlichen Besatzungstruppen und bei der von Königsberg aus organisierten Wiedergeburt des Vaterlandes. Eine unbekannt gebliebene Feder schildert Reichenbachs Tätigkeit in dem erwähnten, ewig denkwürdigen Zeitabschnitte etwa wie folgt: Mehr als 3 Jahre der bedrängtesten Zeit leitete er in der erweiterten Stellung mit fester Hand den Geschäftsgang. Es war eine herbe Epoche. Aus verlegten Quellen sollten ungewöhnliche Forderungen des Staatshaushaltes befriedigt werden, und sie wurden es ohne Druck und ohne Murren. Aber als in den ersten Monaten des Jahres 1813 die edle preussische Nation auf den Aufruf ihres ritterlichen Monarchen hin wieder erstand, als zur Abschüttelung des fremden Joches das vaterländische Banner in Breslau aufgepflanzt wurde, war Graf Reichenbach einer der kräftigsten Leiter und Verbreiter jenes elektrischen Funkens, welcher in die brennoffschwangere Masse des Volkes geworfen wurde, und bald nachher zu einer hehren Siegesflamme aufloderte, deren Abglanz mit unvertilgbarer Feuerkraft in den Annalen der Welt und Völkergeschichte fortleuchtet wird. Für seine rege Teilnahme an der Aufrüstung und Bewaffnung seines

Volkes wurde dem Verstorbenen das wohlverdiente eiserne Kreuz.

Als Vorsitzender der Oppelner Regierung umfaßte Reichenbachs Obforge — was an und für sich ja selbstverständlich ist — gleichmäßig alle Stände, die Landwirtschaft, den Gewerbebetrieb und Kunstfleiß. Sein Geist gab überall wohlthätigen Anstoß und verbreitete Leben und Wärme. In festerer Treue feste er seine ganze Kraft für Oberschlesien und sein Vaterland ein. Man hing ihm in richtiger Erkenntnis seiner äußerst zweckmäßigen Maßnahmen willig an, und selbst jene, welche sich an seinen zuweilen schroffen, infolge krankhafter Zustände Abington und daher entschuldlichen Bescheiden stoßen mußten, ehrien in ihm doch den edelsten Preussengeist, den Geist der Ordnung und der Pflicht, den man heut in Verfehlung oftmals schmähst. In ihm und durch ihn gewann Oberschlesien den schon vor 100 Jahren deutlich sichtbaren kulturellen Vorrang gegenüber den angrenzenden slawischen Landstrichen. Zum Beweise dafür nur den Ausdruck eines damaligen angesehenen Krafauer Großkaufmanns: Bei euch (Preußen) ist alles eben anders und besser als bei uns. — Die ständige geistige Anstrengung, welche sich selbst in Leiden keine Ruhe vergönnte, zermürbte schließlich auch den Körper. Reichenbach ahnte die vorzeitige Auflösung. Er kehrte sich jedoch nicht daran und schlug alle wohlgemeinten Vorstellungen zur Schonung in den Wind. Während und beiderseits zugleich ist zu lesen, was eine Stizze aus 1820 darüber berichtet: Selbst in dem soporösen Zustande, welcher Reichenbachs Geist umhüllte, fand er sich — wohl nicht sorgfältig gehütet — wenige Tage vor seinem Hinscheiden und als die Nachricht



# „Der Oberschlesier“

ist ein Sprechsaal für Jedermann. Gehaltvolle, sachliche Darlegungen von Angehörigen aller Schichten, Berufe, Richtungen und Parteien werden unterschiedslos abgedruckt. Wir bitten um rege Aussprache.

## Feht, haltet, verbreitet den „Oberschlesier.“

habe. Nicht dem Bogte, sondern den Ratmännern stehe die Bestrafung der Pfeiffertüchter zu und derjenigen, welche bei Weinverläufen etwas verdrücken, des Nachts nach dem Glockenschlage herumstrichen, die Befestigungswerke beschädigten, Wege und Stege nicht besäeten, den Mist nicht zur gehörigen Zeit aus der Stadt führten, sowie überhaupt die Gerichtsbarkeit über alles, was Lebensmittel, fälsches Maß und Gewichte anbelange. Auch Oppeln sehen wir schon vor der völligen Verteilung mit Neumarkter Recht ganz als deutsche Stadt eingerichtet. Schon 1258 wird ein Stadtvogt dafelbst genannt. Und die Neumarkter Ratsherrn schreiben an „die Konpeln, Schöffen und Gesamte Bürgerchaft der Stadt Oppeln.“) Als die Neumarkter 1327 an Oppeln die erbetene Mitteilung über ihr Recht machten, ersehen wir, daß sie die Kenntnis des Deutschen voraussetzen, da sie in der lateinischen Urkunde viele Hauptwörter, des besseren Verständnisses halber, deutsch bezeichnen, so z. B. „Nabe“, „Sergevette“, „Steislauf“ (die Entscheidung über die Maßgefäße), „Bege-lagerung, Notzucht, Seimjuchung (d. i. Einbruch). Bogt und Schöffen galten aber auch als Oberhof für die übrigen Städte und Dörfer des ganzen Herzogtums, sowie uns dies von der Stadt Ratibor 1286 ausdrücklich bezeugt wird. Urkunden beweisen das. In einem strittigen Falle holten sich die Bürger von Strow das Recht von Oppeln mit dem Hinweis darauf, daß sie „ein beschriebenes Ragdeburger Recht haben.“ „Da haben wir“, heißt es weiter, „das Recht lassen holen und kaufen“. Für Kriminalfälle war das Landgericht (judicium provinciale) eingesetzt. Auch nach Butten und Larnowitz kamen infolge des Bergbaues viele deutsche Einwanderer.

Im 14. Jahrhundert hatte das Deutschtum auch in Oberschlesien seinen Höhepunkt erreicht. Deutsche Urkunden beweisen dies, die selbst bei Westfalen in Gebrauch kamen. Und zur Zeit Kaiser Karls IV. ward selbst an den Gerichtshöfen an Stelle der bisher üblichen lateinischen Sprache die deutsche gesetzt. Wir haben auch sonst noch mannigfache Belege für deutsche Art in unserem Lande, von denen wir nur einige hier herausgreifen. . . 1380 schreibt der herzogliche Schreiber, Pfarrer Heinrich von Zülz, dem Herzog von Glatzenberg eine Urkunde in deutscher Sprache. Viele Schulmeister in Ober-Loth. können im Mittelalter nach Luthersweis der Chroniken nicht nur lateinisch, sondern auch polnisch und deutsch. Der Ort Neugarten bei Ratibor (im Gegensatz zu Altendorf, stara wieś, genannt), der 1313 einen Schulzen besaß, weist aus dem Jahre 1381 eine in deutscher Sprache abgefaßte Urkunde auf. Die Namen der dortigen Grundbesitzer sind nach Klang und Schreibweise durchaus deutsch. Wir haben fernerhin aus vielen Städten Listen von Bürgernamen, welche uns für die Vorherrschafft des Deutschtums einen durchaus unzweifelhaften Beleg liefern.<sup>6)</sup> Besonders hat — um ein Beispiel herauszuheben —

<sup>7)</sup> Honorabilibus viris ac discretis consulis, scabinis et universis civibus in civitate Oppolensi.

<sup>8)</sup> Als Beispiel seien hier aus der Stadt Oppeln nur einige im 16. Jahrhundert vorkommende Bürgernamen angeführt. Es sind dies: Apotheker, Balthasar, Beder, Dultmann, Burthart, Reichthaler, Weisler, Guttschick, Grund, Hahst, Hartmann, Hans, Dammig, Kähler, Kranz, Krebs, Krog, Kunze, Knepper, Müller, Neudorfer, Reugebauer, Ortel, Radolf, Seidenfieder, Schneider, Schöter, Schöller, Ziemmes, Schmidt, Schwerdtfeger, Schüller, Schwarz, Stiefel, Scholz, Stolz, Spittler, Trautwein, Tücke, Ueberfähr, Weber, Wasche, Wäge, Weidner, Weiß, Welt, Zimmermann. — Dasselbe Ergebnis haben wir, wenn wir auch auf den Dörfern bei Oppeln Umschau halten. Es begegnen uns da Namen wie: Angel, Fiedler, Förster, Fühler, Gieselle, Gotteswunder, Göttemann, Kaufmann, Kretschmer, Leinweber, Schneider, Scholz, Staube, Töpfer, Vogelsteller, Vogt, Winkler, Zimmermann. Es muß indes noch hinzu bemerkt werden, daß sich sehr viele von diesen Namen noch häufig wiederholen. Allüberall, wohin wir unsere Blicke forschend in die Vergangenheit schweifen lassen, sehen wir, daß es nirgends ein „polnisches“ Oberschlesien gibt, sondern uns durchweg ein gemischtsprachiger Charakter der Bevölkerung entgegentritt!

von seinem Ableben jeden Augenblick erwartet werden dürfte, gleich einer halbverklärten Erscheinung noch einmal zur Sitzung ein und verließ nach kurzem stummen Verweilen auf immer den Kreis der vom Schwedem erkrankten, dem Schmerz zu Thränen gerührten Räte, um wenige Tage nachher, noch nicht 42 Jahre alt, in das Land der Ruhe, welche seinem rastlosen Geiste hier nicht vergönnt war, sanft hinüberzuschlummern.

Am 8. Mai 1820 ging das völlig dem vaterländischen Dienste geweihte, leider viel zu kurz bemessene Leben des Grafen Reichenbach zu Ende. Die Saat, welche es gestreut, wirkt aber noch heute segensreich bei uns fort. Möge man dem trefflichen Manne stets nachzueifern trachten. Mögen besonders alle Oberschlesier, gleichviel welcher Sprache und politischer Richtung, nie erlahmen in dem Streben, das Erbe der Väter, welches Reichenbach selbstlos mit gestiftet, zu wahren in alle Zukunft. Das wird wohl das beste Gedenken sein am 100 jährigen Todestage unseres ersten Oppelner Regierungspräsidenten, des Grafen R. G. F. v. Reichenbach.

## Breslauer Musikbrief (Messwoche.)

Anläßlich der ersten Breslauer (Friedens-)Messe hatte man sich in allen Kreisen gerüstet, möglichst viel bieten, so recht „großstädtisch“ auftreten zu können. Ob es freilich nicht vielleicht besser gewesen wäre, etwas mehr auf die Qualität statt auf die Quantität zu achten, vermag ich, was die auf der Messe vertretenen Waren und Maschinen angeht, nicht

in Oppeln das deutsche Element auch seit den Tagen der Herrschaft des brandenburgischen Markgrafen noch weiterhin stark zugenommen, umso mehr als die dem evangelischen Glauben sich zuwendende Bevölkerung sich eben sehr aus dem deutschen Teile des Ortes rekrutierte. 1566 erstrebte, wie wir aus einer Bittschrift an die königlichen Kommissarien ersehen, die deutsche Bevölkerung Oppelns die Verlegung der deutschen Kanzlei samt ihren Einkünften aus der Kreuzkirche in das von den Minoriten verlassene Niederloster. Man begründete die betreffende Forderung damit, daß in der Pfarrkirche gleichzeitig deutsch und polnisch gepredigt wurde, was natürlich zu großer Störung Anlaß gab, und die Zuhörer nur verdroß. Die Gletwitzer Bürgerliste von 1534 zeigt gleichfalls einen deutschen Charakter; 113 Vertreter des Deutschtums stehen nur 44 Repräsentanten des Slawentums gegenüber. In Ratibor, Ober-Glogau und Oppeln fanden sich Kollegiatkirchen. Bogt und Schultheiß waren meist in einer Person vereint. Von der größten Anzahl ober-schlesischer Städte wissen wir, daß sie vor 1300 gegründet worden sind, sodaß also die deutschen Besiedelungen, soweit sie die Städte betreffen, damit zum Abschluß gekommen sind. Kosel wies einen Kastellan auf. Zülz und Ober-Glogau dienten als Festungen.<sup>9)</sup>

## Kritik an der Kritik des Pfarrers Dr. Nieborowski.

Von Verfasser der Broschüre „Die ober-schlesische Frage.“

Jeder Kritiker muß mit möglichster Objektivität und Wehrheisslichkeit unter Auslassung aller persönlichen Momente in erster Linie den Tatbestand in den Vordergrund stellen. Diese notwendige Voraussetzung erwartet man umso mehr von einem Kritiker, der sich in politischem Kampfe selbst auf seine geistliche Würde beruft. Wenn es an sich gefährlich ist, nach einer Blütenseite von Ausprüchen und nach dem Zusammenhang herausgerissenen Gedanken-gängen ein Werk zu zerlegen und zu beurteilen, so bedeutet es, gelinde gesagt, mindestens einen sträflichen Leichtsin, mit der Wahrheit so umzupringen, wie es leider Dr. Nieborowski in seiner Kritik an der Broschüre „Die ober-schlesische Frage“ getan hat. Um nur einen Punkt herauszugreifen. Dr. Nieborowski schreibt, daß ich die Wahl des katholischen Pfarrers Rassek zur Friedenskonferenz, den ich übrigens aus prinzipiellen Gründen garnicht nenne, gemäß der bei den Polen üblichen Übertreibung als eine „Schmach“ bezeichne. Dies ist eine Verdröherung meiner Angaben. Nicht die Wahl des Pfarrers, sondern den Geheimrat, wonach fast jeder irgendwie wichtige Beamtenposten vom Landrat bis zum Nachtwächter möglichst mit evangelischen, nicht ober-schlesischen Beamten besetzt wurde, und noch mehr die berüchtigten Schmartzensulagen, sowie die doppelte Anrechnung der Dienstreise, wodurch unsere Heimat auf die Stufe eines Kolonialgebietes herabgedrückt wurde, bezeichne ich als Schmach, was auch jeder gerecht denkende Deutsche zugeben wird.

Soll das etwa Aufrichtigkeit sein, wenn Dr. Nieborowski zu Anfang seiner Kritik mutmaßt, daß der Verfasser wegen seiner ersten Sprache wie der Beobachtung seelischer Interessen ein Geistlicher sei, während er später sogar ganz persönliche Momente über ihn anzuführen weiß? Während ich mich bemüht habe, alles Persönliche aus meiner Broschüre auszuschalten, die Namen absichtlich wegzulassen, selbst bei Personen, die allgemein bekannt sind, um nur das ober-schlesische Volk in den Vordergrund treten zu lassen, hat leider Dr. Nieborowski gerade das Persönliche in seiner Kritik herangezogen und sogar vor Verleumdungen seines Amtsbruders nicht Halt gemacht. Anders kann ich mir die Behauptung nicht erklären: „Es ist bekannt, daß andere Gründe vorliegen, welche ihm nicht ganz zum Ruhme gereichen.“ Ich bin mir nicht eines einzigen persönlichen ehrenrührigen Grundes bewußt, der mich zum Austritt aus dem Bunde veranlaßt hätte. Nicht egoistische Ziele, nicht finanzielle Gründe haben mich bewogen, für die Rechte des ober-schlesischen Volkes zu einer Zeit einzutreten, da man unsere ober-schlesische Eigenart nicht kennen konnte oder wollte und ihre Verfechter als Hochverräter oder Renegaten verfolgte.

<sup>9)</sup> Manche Orte Oberschlesiens hatten im 13. Jahrhundert den Charakter eines Marktlebens, so Molau, Kr. Ratibor und Brosslawitz bei Larnowitz.

zu beurteilen (sprechen dabei doch Rohstoffknappheit, Valutenernennung u. v. a. m. mir). Bei den drei „großen“ Musikfesten jedoch, die die rührige Konzertdirektion Wolff (sicher nicht zu ihrem Schaden) in der Messwoche veranstaltete, kann schlechterdings nur ihre völlige Qualität in Frage gestellt werden. Die Programme dieser drei Messkonzerte schon sprechen Bände. Freilich: Namen wie Schillings, Leo Blech, oder Barbara Kemp werden nie ihre Wirkung verlieren. Damit ist auch nichts gegen die Künstler selbst gesagt, was ihre künstlerische Vollkommenheit herabsetzen könnte. Aber das Programm, das Programm! Von zwei bisher für Breslau unbekannten schillingschen Kompositionen abgesehen durchweg längst Bekanntes, so unvorzuziehlich wie möglich zusammengestellt. Man hätte erwarten dürfen, daß der ganzen Aufmachung nach etwas anderes geboten werden würde, als z. B. eine so bekannte Konzertnummer wie das „Gegenliebe“ (Text v. Wildenbruch), oder noch schlimmer ein Wagner-Abend, nichts als Vorspiele, die, wie man so sagt, wohl jede mittlere Kapelle „im Schläse“ spielen kann und dazu nicht erst Herrn Leo Blech aus Berlin braucht, der das Programm in schlimmer Weise herunterdirigiert, nein: — hegte, wohl um möglichst schnell wieder nach Berlin zu kommen. Nein, das ist keine „Kunst“, und die Breslauer, die doch immer so viel für den Opernmetat übrig haben, um mit anderen großen Bühnen Schritt halten zu können, sollten endlich einmal ihr Augenmerk auch auf das Konzertleben richten, das seit geraumer Zeit nur noch stagniert, aber nicht mehr lebt. Es ist immer daselbe, Schubert, Brahms, Hugo Wolf bei den Sängern; Beethoven, Bach und Mendelssohn mit ihren abgebrochenen Werken oft — es gibt nichts anderes. Oder

Als Kind dieses armen Volkes, das jahrhundertlang unter der schweren Knechtschaft gekämpft hat, empfind ich es als meine heiligste Pflicht, nicht nur meine Zeit und mein Geld für mein Volk zu opfern, sondern ich habe wiederholt sogar mein Leben eingesetzt. Der längere Aufenthalt in der Schweiz, die Friedensabdingungen und nicht zuletzt die Erkenntnis, daß auch im selbständigen Oberschlesien die unteren polnischen Schichten sich schwer durchsetzen und eventuell dem internationalen Kapitalismus verfallen könnten, Gründe, die ich eingehend in dem Kapitel: „Die materialistisch-technische Kultur und die ober-schlesische Volksgemeinschaft“ dargelegt habe, haben mich nach großen Opfern zum Austritt veranlaßt. Gerade dieses wichtige Kapitel hat Dr. Nieborowski, sei es, daß er es nicht verstehen wollte oder, trockener er Oberschlesier ist und den einfachen Bürgerkreisen entstammt, nicht verstehen konnte, gänzlich unterschlagen und den Satz: „Es bleibt somit nur die eine Lösung übrig, durch einen Anschluß an Polen die vorherrschende Macht der Oberschicht zu brechen und das ober-schlesische Volk zur Geltung zu bringen“ aus dem Zusammenhang herausgerissen: denn zum Verständnis wäre unbedingt noch der Nachsatz notwendig gewesen „doch müßte die kulturelle und wirtschaftliche Selbstständigkeit des ober-schlesischen Volkes gewahrt und gefördert werden, damit das Gemeinschaftsgefühl zur Entfaltung gelangt und eine friedliche organische Eingliederung der oberen deutschen Schicht in das ober-schlesische Volksganze gewährleistet bleibt.“ Unter der Oberschicht verstehe ich nicht so sehr den Industrieadel, als vielmehr die ober-schlesische Bürokratie, die bisher eine praktische Verwirklichung der Gleichberechtigung zu verhindern suchte. Nur eine vollkommene Gleichberechtigung der polnischen und deutschen Bevölkerung kann eine friedliche Entwicklung Oberschlesiens gewährleisten. Diese Idee hat mich bei der Abfassung der Broschüre geleitet und ist überall für jeden Klar denkenden wahrnehmbar, nur nicht für Dr. Nieborowski, der sie in seiner Kritik gänzlich unterschlägt. Eine weitere Verleumdung bedeutet auch die Behauptung, daß die zwei Anhänge über die soziale Frage und das amerikanische Großkapital wohl nur die vorgeschriebene Vogenzahl ausfüllen sollen. Ich habe aus meinen Mitteln ohne jede finanzielle Absicht nur aus Liebe zum Volke die Broschüre herausgegeben. Wenn schließlich Dr. Nieborowski als Vorbild und Autorität einen Mann wie Pronobis heranzieht, einen Mann gegen den so schwerwiegende, ehrenrührige Anklagen erhoben werden und welche dieser auf sich sitzen läßt, einen Mann, der von allen gerechtfertigten Leuten abgelehnt wird, dann kann ich die Wahl eines solchen Gewinnungsgegenstands und einer solchen Autorität kaum für möglich halten. Wie Dr. N. den Pronobis auf dieselbe Stufe oder noch höher als den Universitätsprofessor Brüdner stellen kann, bleibt mir vollends unerklärlich.

Auf die vielen logischen Antiquitäten in seiner Kritik will ich gar nicht eingehen. Nach dem berühmten Grundsatz: Was man nicht definieren d. h. verdröhen kann, das schiebt man als ein Neutrum an, unterschlägt er alle ihm unangenehmen Stellen und gelangt, obwohl er zu Anfang seiner Kritik selbst zugibt, daß der erste Teil historisch und politisch wertvoll ist, indem er alle Phasen und meist die notwendigen Dokumente der ober-schlesischen Autonomiebewegung übersichtlich darstellt, zu dem entgegengesetzten Urteil, daß die Broschüre keine Klarheit und kein grundlegendes Material bringe. Daß in einer Broschüre nicht die volle Lösung der verwinkelten ober-schlesischen Frage, an der die größten Politiker arbeiten, gebracht werden kann, ist jedem klar, darum bezeichne ich sie ja gerade als Beitrag zur ober-schlesischen Frage. Nebenbei bemerke ich noch, daß Dr. N. für mich nicht die Autorität ist, durch die ich mit meine nationalökonomischen und politischen Kenntnisse erst approbieren lassen müßte, ehe ich für meine Heimat eintreten darf.

Für mein armes Volk verfaßt, hat die Broschüre nur den einen Zweck, die heftigste Gleichberechtigung und Veröhnung beider ober-schlesischen Lager anzubahnen. Nachdem die preussische Regierung hierin versagt hat, nachdem auch die vollkommen Selbständigkeit nach Abschluß der Friedenskonferenz und bei den Gefahren des internationalen Kapitalismus wenig Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung bietet, betrog mich die Liebe zu meiner armen Heimat, dort für die ober-schlesisch-polnische und deutsche Bevölkerung eine Rettung zu suchen, wo man nach anfänglicher Unkenntnis endlich unsere furchtbare Lage zu verstehen beginnt und uns entgegenkommen will. Bei einer weitgehenden Autonomie können wir trotz eines Anschlusses an Polen selbst unsere sozialen Schäden

doch? Wo bleibt Brüdner, Mahler; wo bleiben moderne Autoren, wie Strömer, Unger, Braumfels, Stephan; garnicht zu reden von den sog. Radikalen in der Musik, von Arnold Schönberg, Varot oder Busoni? Ein kleiner Trost bleibt Breslau jedoch: daß es in den meisten anderen Städten auch nicht viel anders ist. Warum geht es aber z. B. in Köln, das eine Höhe seines Musiklebens erreicht hat, von der Breslau noch weit entfernt ist. Dieser ganze Stagnationszustand ist jedoch nur scheinbar, und künstlich herbeigeführt; es kann hier nur kurz auf die Gründe für diese Erscheinung hingewiesen werden; sie liegen teils in dem Musikagentenunwesen mit seiner Spekulation auf den Geldbeutel des breiten Publikums, teils in der abnehmenden Haltung der Presse wie der Fachpresse der neuen Musik gegenüber.

Umso erfreulicher ist es daher berichten zu können, daß Julius Brüdner anläßlich seines 25 jährigen Dirigentenjubiläums (5. Mai) gewillt ist, sich des größten Sinfonikers seit Beethoven: Gustav Mahler anzunehmen, dessen 2. Sinfonie er am 5. Mai zur Erstaufführung bringt. Muß man denn wirklich immer erst tot sein, bevor einen die Leute leben lassen? schrieb Mahler nach der Kölner Aufführung seiner „Fünften“ an einen Freund. Er wird leben! Leben im Sinne jenes Rohstofflichen Auferstehungs hymnus seiner 2. Sinfonie, die jeder Tage als neuer Trost in schaler, oder Zeit über uns kommt.

Wils. Weidies.

## Feht den Oberschlesier!



heilen, aus unseren reichen Mitteln die Kriegsverletzten, Witwen und Waisen besser versorgen, als es bisher geschah, unseren altgedienten Beamten eine ausreichende Pension sichern. Der von den bisherigen Beamten gewünscht ist, für Oberschlesien zu arbeiten, kann auch weiterhin seine Kräfte unserer Heimat widmen. Die volle Gleichberechtigung beider Völkstämme wird den heißersehnten Frieden für Oberschlesien und damit seine glückliche Zukunft sichern. Sind beide Lager noch vor der Abstimmung unter sich einig, so können sie diese Autonomie mit geringer Mühe erwidern, während sonst die Gefahr besteht, daß sie die kostbare Zeit bis zur Abstimmung im gegenseitigen Kampfe und grenzenloser Verbitterung vergeuden. Mögen darum alle Oberschlesier, ob polnischer oder deutscher Abstammung, nur um das Wohl ihrer Heimat besorgt sein, alle auswärtigen Gegner die allein die Unruhe in das Volk hintragen, weil sie um ihre Stellung besorgt sind oder nur ihr Interesse im Auge haben, endlich verstummen lassen und in der Politik alle gehässigen und persönlichen Angriffe vermeiden. Dann wird der politische Kampf nicht zu einer gegenseitigen Verbitterung und Verhetzung führen, sondern zur gegenseitigen Aufklärung und verständnisvollen Nachsicht und den heißersehnten sozialen und politischen Frieden noch vor der Abstimmung andahnen.

## Monatschronik für April 1920.

### Tagesvorgänge.

Der Fürst von Pleß beging am 23. April seinen 59. Geburtstag.

Die Protraktion ist vom 26. April ab um 500 g wöchentlich erhöht worden; das für die erhöhten Rationen gebrauchte Mehl ist Roggenmehl, das bis zu 80 % ausgemahlen ist, während das andere Mehl bis zu 90 % ausgemahlen ist. Dennoch besitzt das Mehl für die erhöhten Rationen größere Nährkraft als das andere Mehl.

Die Kopf- und Handarbeiter hielten in vielen Orten des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes Protestversammlungen ab. Die nachts wachen Kundgebungen zeigten, daß es der deutschgesinnten Bevölkerung Oberschlesiens mit der Forderung nach Freiheit und Gerechtigkeit heiliger Ernst ist; die deutschgesinnte Bevölkerung Oberschlesiens steht geschlossen zusammen in der Verteidigung ihrer Rechte. Der einmütige Wille hat die Kopf- und Handarbeiter zusammengeschweischt. Das ist eine erhebende Erscheinung in dieser bewegten Zeit.

Die Angestellten in der Großindustrie hatten einen Streik vorbereitet. Kurz vor Ausbruch des Streiks gelang es einem Schiedsgericht, das aus Vertretern der deutschen Republik und der internationalen Kommission bestand; — außerdem waren Sachverständige zugezogen — eine Einigung zwischen den streikenden Parteien zu erzielen. Auf diese Weise wurde der Angestelltenstreik vermieden.

Die neue „Oberschlesische Volkspartei“ arbeitet rührig und nicht ungeschickt und sucht Deutsche für ihre Zwecke zu gewinnen. Das Bestreben dieser Partei richtet sich in der Hauptsache darauf, die Angliederung Oberschlesiens an Polen zu erreichen. Die Partei ist also eine polnische. Sonntag, den 25. April, veranstalteten die Polen in etwa 10 Orten, u. a. in Katowitz, Königshütte, Myslowitz, Nisolas, Pleß, Protestversammlungen, um „gegen den unbegrenzten deutschen Terror im Abstimmungsgebiet“ zu demonstrieren. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Entfernung der Sicherheitspolizei

und Gendarmerie und Erziehung derselben durch deutsch- und polnischsprachende Oberschlesier. Einsetzung polnischer Kontrollbeamten bei Landratsämtern und anderen Behörden, auch in den Schulen, Verbot der Einreise deutscher Agenten nach dem Abstimmungsgebiet, Ausweisung derselben, sofortige Überführung der Lebensmittel, die aus Polen hierher bestimmt sind und „an der polnischen Grenze liegen geblieben sind“. Die Versammlungen waren diesmal nicht so stark besucht wie z. B. die vorjährigen.

Am dem Redendenmal in Königshütte, das bekanntlich von den ober-schlesischen Gewerkschaften von Reden errichtet worden ist, ist die Anschrift fast gänzlich unleserlich geworden. Es bestand die Absicht, am 5. Juli 1915, dem 100. Todestage Ribbens, etwas für die Aufrichtung des Denkmals zu tun; aber dies unterblieb wegen des Krieges. Nunmehr soll die Stadt Königshütte die Pflege des Denkmals übernehmen.

Städtischer Oberförster Kosska in Leobichütz wurde zu seinem 80. Geburtstag von der städtischen Körperschaft in besonderer Weise geehrt.

Dem Pastor prim. und Superintendenten Vosz in Katowitz wurde von der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Breslau die Würde eines Doktors der Theologie verliehen.

Der früher in Katowitz wohnhaft gewesene Baumeister Josef Kuz, Erbauer der Reichsstadthauswerke in Chorzow, jetzt in Weizsäcker bei Neidenstein, wurde zum Preussischen Kommerzienrat ernannt.

Der frühere Oberhauer Johann Kania in Hohenlunde hat der Florentinegrube 70 Jahre treue Dienste geleistet.

Schmiedemeister August Köhler in Kreuzburg O.S. hat sein 50jähriges Meisterjubiläum begangen, aus welchem Anlaß die Handwerkskammer Oppeln dem Jubilar ein Ehren Diplom stiftete.

### Industrie und Handel.

In letzter Zeit steigt die deutsche Mark im Werte. Das Steigen hat seinen Grund darin, daß das Vertrauen zu Deutschland und seine Arbeitskraft gewachsen ist, daß Deutschland mehr Rohstoffe erhalten und mehr arbeiten kann. Nun wächst auch im Innern Deutschlands die Wertung des Geldes. Man erwartet — wohl auch nicht mit Unrecht — einen Preisrückgang auf allen Gebieten.

Die ober-schlesische Eisenindustrie leidet unter der unsicheren politischen Lage. Eine Geländung der Verhältnisse kann erst eintreten, wenn es gelingt, eine Preisregelung und geordnete Verhältnisse in der Ausfuhr herbeizuführen. Freilich ist es nicht möglich, dem Schieberium so schnell ein Ende zu bereiten. Da in den Kohlenruben nach Wiederaufnahme der Tätigkeit mit ziemlicher Stetigkeit gearbeitet wird, ist die Verfeinerung der Eisenwerke etwas besser geworden; doch ist sie immer noch unzureichend, auch die Erzzufuhren erweisen sich als nicht ausreichend. Die Klage über Mangel an Rohstoffen will noch nicht verstummen. Die Werke können also nach wie vor nur in eingeschränkter Weise arbeiten. Eine Erweiterung der Erzeugung läßt sich jetzt nirgends ermöglichen. Die gestellten Anforderungen lassen sich nicht erfüllen, weil die Bautätigkeit mit dem eingetretenen Frühjahr reger geworden ist. Die Ausfuhr kann auch weiterhin nur in bescheidenem Maße befriedigt werden. Doch tun die Werksbesitzer alles, um die Beziehungen mit dem Ausland aufrecht zu erhalten, da sie hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit eine größere Ausfuhr sich ermöglichen lassen wird. Die Arbeitsverhältnisse sind fortgesetzt kritisch. Vollständige Ruhe im ober-schlesischen Industriegebiet wird noch lange nicht eintreten. Durch die Streiks erleiden die Werke recht empfindliche Verluste.

Die Bismarckhütte A.-G. hat einen außerordentlich großen Auftragsbestand vorliegen, der sich auf viele Millionen Mark beläuft.

Als Nachfolger des Kommerzienrats Dr. Niede ist Herr Rudolf Brenneke zum Generaldirektor der Bismarckschen Eisenbedarfs-A.G. berufen worden. Die Beschäftigung der Gesellschaft ist recht gut, für etwa zwei Monate sind Aufträge zu lohnenden Preisen vorhanden.

Die Eisenhütte Silesia-A.-G. Paruschowischüttert eine Dividende von 14 % aus, wie im Vorjahre. Der Direktor der Friedrichshütte, Oberbergamt Ahrens, ist an die Berginspektion in Buer i. W. versetzt worden.

Die Kohlenförderung im ober-schlesischen Kohlenrevier betrug in der Zeit vom 1. bis 15. April 1.143.923 Tonnen, der Kohlenverband mit der Hauptbahn belief sich auf 767.377 t. In dieser Zeit wurden 99.086 Eisenbahnwagen angefordert, aber nur 84.637 gestellt, also 14.449 Wagen zu wenig. Am 1. April ist der Kohlenpreis um 20 Mark die Tonne erhöht worden, einschließlich Steuern um 24,50 Mark.

An der Koseler Chaussee hinter Alt-Gleiwitz werden Bohrungen nach Kohle von der ober-schlesischen Eisenindustrie A.-G. bzw. der konsolidierten Gleiwitzer Steinkohlengrube betrieben; vorläufig sind die Arbeiten im Anfangsstadium.

Die Steinkohlengrube „Charlottegrube“ in Czernitz hat im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Abschreibung von 563.600 Mark einen Reingewinn von 3.25 Mill. erzielt. Die Förderung betrug 687.400 t gegen 1.130.000 t im Vorjahre. An Löhnen und Gehältern wurden 19,86 Mill. gezahlt gegen 10,93 Millionen Mark im Vorjahre.

In Oberschlesien wird die Errichtung einer ganzen Anzahl neuer Koksanlagen geplant, welche die Gewinnung von Koksnebenprodukten (Ammoniak, Benzol, Teer usw.) mitbetreiben. Die Koksherstellung hat sich mit der Zeit immer mehr entwickelt und einen Grad erreicht, der die Anlage neuer Verkokungsanlagen sehr nötig macht. Die ober-schlesischen Werke haben sich zu einer „Gesellschaft zur Verwertung von Nebenprodukten“ zusammengeschlossen und streben danach, ihre bezüglichen Anlagen möglichst bald zu erweitern. Die Bismarckhütte nimmt eine gänzliche Erneuerung ihrer Anlagen zur Gewinnung von Nebenprodukten vor, auch die übrigen Werke der Gesellschaft werden natürlich nicht nachstehen wollen. Bei den Kokswerken sollen zwecks Erparnis von Arbeitskräften umfangreiche Generatoranlagen neu eingerichtet werden.

Die ober-schlesischen Portland-Zement- und Kalkwerke zu Groß-Strehlitz haben die Dividende auf 10 % festgelegt.

Die Koseler Zweigniederlassung der Zellmühle, Papier- und Zellstoffwerke A.-G. ist in den Besitz der Koseler Zelluloje- und Papierfabriken A.-G. übergegangen. Der Betrieb wird unverändert weitergeführt. Die Gesamtwerke der Koseler Zelluloje- und Papierfabriken A.-G. sind dem Konzern der Firma W. Hartmann & Co., G. m. b. H., Berlin, angeschlossen, dem auch die Papierfabrik Krappitz und die ober-schlesischen Zellstoffwerke, A.-G. in Krappitz angehören. Der Hartmann-Konzern, dem noch einige andere Unternehmungen angegliedert sind, wird dadurch zu einer der bedeutendsten Papierunternehmungen Deutschlands. Die neue Firma (Koseler Zelluloje) hat ferner die Kufelmühle von der Papierfabrik Krappitz A.-G. und die Malsfabrik von der Firma Frankfurt & Kaufmann, G. m. b. H., erworben.

Nach der Bilanz der Deutschen Volksbank in Königshütte schließen Aktiva und Passiva mit

## Von ober-schlesischen Bühnen.

(Vortragsweise).

### I.

Wir leben in einem Zeitalter der möglich gewordenen Unmöglichkeiten. Alles Leben wird immer mehr zur Groteske. Das Körperliche wie das Geistige. Aus jedem Winkel der heutigen Welt, aus jeder Bewegung der heutigen Zeit grünt und die Frage einer maßlosen Übertreibung entgegen. Man verfolge nur die Entwicklung der jüngsten Literatur. Die Auswüchse der modernen Bühnenkunst. Die geschmacklose Verzerrtheit der heutigen Tanzkunst. Gerade auf dem letzteren Gebiete macht sich der grösste Geist der Zeit bemerkbar. Haben wir noch die einschmeichelnde Wiener Walzergazie? die einfache Anmut des Tanzbildes normaler Zeiten? ... dafür haben wir aber einen „individuellen Bühnentanz“. Dessen Wesen ein „Zauber“ der Erotik, eine zur Groteske gesteigerte Rhetorik, ein wunderlicher Expressionismus ist. Also auch Geist? ... Es gibt Tänzerinnen, die „die letzten Schwingungen der Seele oder besser der Nerven im Tanzbild lebendig werden lassen wollen“. Fast immer auf Kosten der Schönheit und Anmut.

### II.

Soll man die Tänzerinnen des Breslauer Soloballetts, das am Deutscher Stadttheater gastierte, auch darunter rechnen? Ja und nein.

In den einzelnen Tänzen von Brahms, Bacherini und Strauß lag viel Fantastik. Viel Geist. Auch viel Kunstfertigkeit. Andererseits wieder auch eine gesunde Kraft. Dazu ein feines Empfinden für den Rhythmus der Musik.

Den stärksten Beifall des Publikums errang die zehn-jährige Gertrude Sommer, eine Meisterschülerin der Breslauer Ballettschule. Besonders mit ihrem Sompelmanntanz, in dem dieses Wunderkind neben einer fast unwahrscheinlichen Leichtigkeit der Bewegungen eine eigene selbständige Auffassungsgabe offenbarte.

Die Darbietungen der Damen Gaebler, Senger, Hilbert und Funke zeugten von starkem persönlichen Empfinden. Von großer Leidenschaftlichkeit. Von gelammelter Geistesfreiheit. Von zuviel Geistesfreiheit.

Deshalb wurde man nicht reflos trotz über diesen Abend.

### III.

Man wäre es beinahe an dem Sudermann-Abend im D.S. Volkstheater in Königshütte geworden, wenn — es eben nicht ein Sudermann-Abend gewesen wäre.

Und doch gehört gerade das Schauspiel „Johannisfeuer“ zu Sudermanns besten dramatischen Schöpfungen. Denn hier stand der Theatraliker nur um Haarsbreite von einem richtiggebenden Dramatiker entfernt. Um Haarsbreite! Wenn — der letzte Akt, die sehr unwahrscheinliche Lösung das ganze Werk nicht verdorben hätte.

Über der Königshütter Aufführung dieses Hohenliedes der unerfüllten wilden Wünsche lag jene sommerliche Stimmung, die Sudermanns schlichtestes Stück Arbeit ist. Die aber nur selten eine Aufführung zu verbreiten vermag.

Im Vordergrund der Darstellung standen Fräulein Deleuil als Heimgen und Burger als Georg. Erstere mit einer tiefen Menschlichkeit und Tragik im Spiel, letztere mit packenden Momenten im Ausdruck. Fräulein Deleuil als Vogelreuter war fast der von Sudermann sicher gezeichnete ostelbische Gutsbesitzer. Es fehlte das Breitpurige, die herbe Mischung von Humor und Jähzorn. Gaebler's Gipsprediger hatte mit der Sudermannschen Auffassung sicher nicht viel gemein, blieb aber trotzdem eine beachtenswerte Leistung.

In dem großen Saale saßen wenig Menschen.

Nicht viel mehr bei der Aufführung der Operette „Das süße Mädel“ von Heinrich Reinhard. Warum? Weil das „süße Mädel“ mittlerweile etwas alt geworden ist und mit seiner schon schrullenhaften Altkunsternpole nicht mehr zieht? Man reißt aber doch vor ihr die Augen auf und mündert sich, daß man sie schon so alt findet. Den Zug der Volkstümlichkeit hat sie nämlich doch noch behalten. Besonders mit einigen Melodien. So mit dem Liede „Launige Dame“, mit dem der etwas hölzernen Graf Liebenburg Schultze's großen Beifall erntete. Fräulein Gritter spielte und sang mit Natürlichkeit und Grazie die Lola Winter. Fräulein Thuma als die Fräulein Beyringer fast ebenso. Schort als alter Graf Baldwin war quersilbrig und launig wie immer.

Da die Komik noch unterstrichen wurde, war der Erfolg ein billiger.

### IV.

Unter den wenigen Klassikern, die in dieser Spielzeit an unseren Bühnen zum Vorschein durften, hatte Schiller den Vorrang. Ganz mit Recht. Er ist nun einmal unser größte dramatische Dichter. Es ist dem Katowitzer Stadttheater nur zu danken, daß es noch vor Jahres-schluß „Maria Stuart“ zur Aufführung brachte.

Schiller hatte dieses Drama ein Jahr nach dem „Wallenstein“ geschaffen und in Weimar aufführen lassen. Die Wirkung dieser ersten Aufführung war eine außerordentliche. Da-

mal war der Geschmack des Volkes noch nicht vergiftet. Heute ist er es. Trotzdem ist große Wirkungskraft des Werkes die selbe geblieben. Obwohl in letzter Zeit versucht wird, dieses edle Drama dem verdorbenen Gaumen der heutigen Zeit in expressionistischer Garnitur mundgerecht zu machen. Besonders die Gestalt der Maria, die Schiller mit der Glorie einer überirdischen Verklärung umgeben hat, wird häufig modernisiert. Ihr Charakter gestiftet.

Der Katowitzer Maria Stuart erging es so. Denn zwischen Maria Feins Frau vom Meere und ihrer schottischen Königin lag nur die Verschiedenheit des Kostüms. Trotzdem blieb diese Maria Stuart eine überragende Leistung. Besonders in den Szenen mit Elisabeth und mit Mortimer. Diese Szenen waren auch die stärksten des Abends. Nicht ohne die kraftvolle Elisabeth der Savemann, die mehr Mannweib als Königin war, und die Mortimer Udo Wiggangers, der gerade in der Gartenzene ein Bestes gab. Nur muß man diesen Künstler darauf aufmerksam machen, daß er auf dem besten Wege ist, kein Schillerfächer, sondern ein medizinischer, hysterisch-pathologischer Mortimer zu werden. Der Leichter Goerdels war gute Tradition.

Auch die Regie Mandts.

### V.

Das Gleiwitzer Stadttheater hat sich schon zu Beginn der Spielzeit zur Pflicht gemacht, auf dem Gebiete des Lustspiels alte und älteste Werte zu veräußern. So alt und abgehandelt wirkt z. B. das historische Lustspiel „Die goldene Eva“ der bekannten Firma Franz v. Schönanthan und Koppel-Gesfeld. Man findet sich heute nur schwer hinein in jene Zeit der „holden Poesie“, die jeglicher Originalität entbehrt, dafür um so üppiger mit Sentimentalität übermugert ist.

Für das „Ereignis“ dieser Aufführung hatte sich das Gleiwitzer Stadttheater einen Gast geholt, der als Geselle Peter alle Anforderungen erfüllte, die an einen Liebhaber im Leben und in einem billigen Schwanke gestellt zu werden pflegen. Eine Überraschung bot Direktor Nagdors mit seinem köstlichen Ritter Hans von Schwegen. Warum er nur seine vortreffliche Charakterisierungsfunktion so lange verborgen gehalten hat. Traute Berndt als goldene Eva überliefert nicht mehr. Man hat sich an ihre durchweg guten Leistungen gewöhnt.

Der Abend war schwach besucht. Trotzdem hatte sich der Gast über Beifall nicht zu beklagen.

M. G.



3 907 403 M ab, an die Mitglieder wird eine Dividende von 5 % verteilt.

Die Bierpreise sind um 100 % erhöht worden. Aus dem Jahresbericht der Handwerkskammer Oppeln sei folgendes entnommen: Die Lehrlingszahl nimmt allmählich wieder zu, in einzelnen Handwerken herrscht sogar großer Andrang. Im Gesellenprüfungsweien war die Vollbeziehung der Prüfungsorgane wieder möglich. Der Fortbildungsschulunterricht ist wieder voll und ganz aufgenommen worden. Bezüglich der Fortbildung der Gesellen und Meister steht die Buchführung an erster Stelle. Beim Meisterprüfungsweien mußte die Kammer verschiedene Male Bestrebungen auf weitere Dezentralisation entgegenstellen. Die Zahl der Meisterprüfungen war außerordentlich hoch, sie betrug 543 gegenüber 118 im Vorjahre.

Verkehrsweien.

Regierungsbaumeister Steinert vom Eisenbahnbetriebsamt I Ratibor wurde zum Regierungs- und Baurat ernannt. Mit der Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte beim Werkstättenamt 1a in Gleiwitz wurde Regierungsbaumeister Braun und beim Werkstättenamt 1b in Gleiwitz Regierungsbaumeister Rosenthal betraut. Oberregierungsrat Grunow ist zum Bremischen Staatsdienst erteilt worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes des Eisenbahnmachinensamtes in Ratibor wurde Regierungsrat Siekmann beauftragt.

Die Betriebsstörungen im Obergelb sind beseitigt, so daß die Ederzschiffahrt ungehindert im Betriebe ist. Die Umschlagstätigkeit hat in Kosel-Oderhafen eine Steigerung im April erfahren; in einer Woche wurden 48 000 t Kohlen verfrachtet, über 16 000 t Erze sind durch den Raftin gegangen. In der nächstfolgenden Woche wurde der Umschlagverkehr noch reger; es wurden über 50 000 t Kohlen verfrachtet; 190 beladene Talschiffe haben das Hafengebiet verlassen, 125 leere und 70 beladene Mähne den Raftin erreicht.

Landwirtschaft und Forst.

Seit Jahrzehnten haben wir nicht ein so zeitiges Frühjahr gehabt wie diesmal. Der Beginn der Blütezeit fiel naturgemäß viel früher als andere Jahre. Dazu das schöne Wetter fast den ganzen Monat hindurch. Allerdings fing es am gegen Ende des Monats bereits zu trocken zu werden. Da brachten die letzten Tage des Monats einen ergebnisreichen Regen. Die Landwirte konnten diesmal das Feld ruhig und schon bestellen.

Der Oberschlesische Landbund hielt am 18. April in Ost die erste Generalversammlung ab. Die Mitgliedszahl ist in den letzten Monaten gewaltig gestiegen und beträgt bereits 1500. Der Verband hat seinen Mitgliedern Saatkartoffeln, Saatgetreide, schwefelsaures Ammoniak und andere Kunstdüngemittel, Schutze und sonstige Vorkaufsrechte zu mäßigen Preisen beigesteuert und auf diese Weise zur Förderung der Vereinsmitglieder viel beigetragen. Der Landbund wahrt streng die Parität. Sein Zweck ist Zusammenschluß der Landwirte Oberschlesiens, gleichgültig ob sie Groß- und Kleingrundbesitzer sind, polnisch oder deutsch sprechen.

Der Rentmeister der Gräflin von Tiefen-Windischen Herrschaft Zellin-Molden, August Kortei, beging sein silbernes Jubiläum als Vorsteher des Rentamts.

Der Schaffer Franz Strohalm in Rastdorf bei der Herrschaft des Grafen von Oppersdorf hat am 1. April seine 50 jährige ununterbrochene Dienstzeit vollendet; dieses seltene Jubiläum wurde am ersten Osterfeiertage würdig gefeiert.

Forstmeister von Braunmühl beging am 1. April sein 25 jähriges Jubiläum in Diensten des Grafen Hendel von Donnersmark und wurde zum Oberforstmeister ernannt. Gleichzeitig begingen die Revierförster Wörbs und Schnura ihr 30- bzw. 40 jähriges Dienstjubiläum. — In den hinter Ranevitz gelegenen Forsten der Hohenloherwerke A.-G. entstand ein Waldbrand, der von den herbeigeeilten Feuerwehren eingedämmt wurde.

Regierung. Kreis- und Gemeindeangelegenheiten.

Dem Regierungsrat Düjng aus Altona ist unter Ernennung zum Oberregierungsrat die Oberregierungsratsstelle bei der Abteilung für Rölle und Verbrauchsabgaben des Landesfinanzamts in Oppeln verliehen worden. Regierungsssekretär Dr. Moriz aus Biltz, Kreis Leobischitz, wurde zum Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Die Leitung der Kreisverwaltung Oberglogau ist dem Grafen von Seherr-Loh übertragen worden. Die den Abteilungsbezirk des Kreises Neustadt O.-S. betreffenden Kreisangelegenheiten werden von der Kreisverwaltung Oberglogau erledigt. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts Neustadt O.-S. ist Regierungsssekretär Dankelmann beauftragt worden. Der beim Landratsamt Ratibor beidseitige Gerichtsssekretär Mathes ist zum Regierungsssekretär ernannt worden.

In Gleiwitz wird das altbewährte Rathaus einer gründlichen Ausbesserung unterzogen und auch der Vorplatz umgestaltet; das Gebäude erhält einen neuen Putz, die Fenster erhalten Blumen schmuck, vor dem Gebäude wird eine neue Baumanpflanzung angelegt. — Die Gemeinde Fahrze (Hindenburg) strebt neuerdings wieder die Stadtwiederherstellung an. — Stadtrat Rieger in Reize wurde zum Stadthalter ernannt. — In Ratibor wurden die neuen Stadträte Obermeister Engel, Direktor Kofel Klampa, Landwirt Johann Kies, Zeichenlehrer Fröhlich, Expedient Wischke und Landdirektor Galka in ihre Ämter eingeführt; wiedergewählt wurden die Stadträte Baumeister Lüthge, Baumeister Kuhnert, Bankdirektor Höninger und Rechtsanwalt und Notar Pionte. Auch in Abtisch wurden die neuen Magistratsmitglieder Dr. Ogorek, Wischke, Dr. Bialy, Dr. Rozanski, Kunth und Simon eingeführt. — Das Wasserwerk in Friedenshütte hat 250 000 M gekostet. — Bürgermeister Reiche in Sohrau O.-S. hat sein Amt aufgegeben und ist in den Reichsfinanzdienst beim Staatssteueramt in Breslau getreten.

Der Bürgerverein Reize gründete einen Bürgerat.

Seeresweien.

Dem Oberst Hoffmann, Kommandeur der Sicherheitspolizei Gruppe Kattowitz, ist bei seinem Scheiden aus dem Heere der Charakter als Generalmajor verliehen worden. Die Hauptleute d. L. a. D. Oberstleutnant Hoffmann und Vorsteher des städtischen chemischen Untersuchungsamtes Dr. Seidenreich in Oppeln haben den Charakter als Major erhalten.

Kirche.

Die St. Hedwigskirche in Königshütte hat 3 neue Glocken erhalten.

Schule.

An das Lyzeum in Königshütte ist Staplan Rasthai als Religionslehrer berufen worden. Studienassessor Schmidt wurde an das Gymnasium in Neustadt O.-S. versetzt. Anstelle des nach Schweid a. D. versetzten Zeichenlehrers Mervart ist Zeichenlehrer Mundt aus Erfurt an das staatliche Realgymnasium in Tarnowitz berufen worden. Dem Seminarlehrer Dünert ist die Leitung des Lehrerseminars Proskau übertragen worden. Die Vertretung der durch die Pensionierung des Schulrats Neumann freierwerdende Kreisschulinspektorsstelle in Carlsruhe O.-S. ist bis auf weiteres dem Kreisschulinspektor Köpzig in Kreuzburg O.-S. übertragen worden. Studienassessor Dr. Wimmer vom Realgymnasium in Tarnowitz wurde an die höhere Mädchenschule in Grottkau versetzt. An der gehobenen Schule in Friedenshütte wurde der Aufbau der Untertertia bis 1. Oktober d. J. hinausgeschoben. In Ratibor wurde eine städtische höhere Handelsschule errichtet und eröffnet; Leiter der neuen Anstalt ist Direktor Dr. Pechold. Sie wird von 30 Schülern besucht. — Das Volkshochschulweien entwickelt sich in Oberschlesien fortgesetzt in erfreulicher Weise weiter.

Rechtsweien.

Die interalliierte Kommission hat einen besonderen Gerichtshof für Oberschlesien angeordnet. — Die sämtlichen Justizbeamten im besetzten Gebiet sind in den Streik getreten; die Gründe dafür sind in den Tagesblättern wiederholt erörtert worden. — Die Landrichter Pistori und Wieganski in Beuthen O.-S. wurden zu Landgerichtsräten ernannt. — Am 24. April sollten die Rechtsanwälte jeder Jurisdiktion Oberschlesiens sich am Dreifachen Gericht versammeln und die Wahlen zur neuen Rechtsanwaltskammer vornehmen.

Gesundheitsweien.

Im Landkreis Kattowitz haben sich die Pocken in bedrohlicher Weise ausgebreitet; in den ersten 3 Monaten dieses Jahres betrug die Zahl der gemeldeten Krankheitsfälle 144, davon sind 22 tödlich verlaufen. Besonders in Dombzschowitz, Hohenlohehütte, Bogusitz, Eichenau, Roszdin, Lauenhütte, Siemianowitz, Myslowitz, Friedrichshof, Wittow, Kroschowitz, Neudorf, Antonienhütte treten die Pocken auf. Vereinzelt werden auch in anderen Kreisen Bodenentfaltungen und Todesfälle gemeldet, so u. a. in Krasowitz, Schwallowitz.

Wohlfahrtspflege.

Die Hinterbliebenen des Stadthalter Moriz Grunwald in Ratibor haben dieser Stadt 5000 M als „Moriz und Lina-Grundwald-Stiftung“ mit der Bestimmung zugewendet, daß die Zinsen an jedem 2. Februar an Arme der Stadt Ratibor ohne Unterschied des Glaubens verteilt werden.

In Wieszau, Kreis Reize, ist ein Mindererholungsheim errichtet worden; der Vaterländische Frauenverein hat zu den Kosten der ersten Einrichtung eine Beihilfe von 600 M gewährt.

Musikpflege.

Die Singakademie in Ratibor führte im Triebhause Badis „Johannispassion“ auf.

Todesfälle.

Pfarrer Karl Wallow in Sakrau, Prior R. V. Petrus Sandmann des Bräuerlofters in Neustadt O.-S., Stadthalter Groce in Reize, Kreisparlamentarier Osmald Gerold in Kosel, Kaufmann Franz Engel aus Leobischitz.

Unfälle.

Bankdirektor Bank in Königshütte verunglückte auf einer Bergtour bei Krummhübel im Januar d. J.; jetzt wurde seine Leiche gefunden. — Am 9. April ereignete sich auf der Castellengrube ein großes Unglück, wobei 28 Bergleute den Tod fanden. Der Kreisausschuß Hindenburg hat als Unterstützung für die Hinterbliebenen der Opfer 10 000 M bewilligt. — In Kattowitz fuhr am außerordentlichen Rasthofbahn ein Güterzug über einen Presshof, getrümmerte Kinder, beschädigte ein dahinter stehendes Bahnwärterhaus und tötete zwei dort zu Bett liegende Kinder; der Zugführer Diefel wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. — Die Gemeinderäte Colonowski, Kreis Groß-Strehlitz, und Leng im Kreise Ratibor wurden von großen Bränden heimgesucht; in ersterem Orte wurden fast sämtliche Häuser, 32 Wohnungen, eingeebnet, 57 Familien mit 275 Köpfen sind in völliger Verarmung und Not, 13 Familien mit 56 Köpfen sind schwer geschädigt, 2 Personen durch Brandwunden schwer verletzt. In Leng sind durch den Brand 78 Personen im größten Elend. Der Provinziallandtag bewilligte für die Gemeinde Colonowski 5000 M und für Leng 3000 M. Außerdem gehen Spenden von privater Seite ein. — Im Sägewerk der Raschewmühle bei Oppeln brach Feuer aus, dem das Sägewerk mit Maschinen und zwei Gattern zum Opfer fielen.

Verbrechen.

Das Dienstmädchen Elisabeth Bajelt tötete ihre Dienstherrin, Frau Rechnungsrat Krause in Reize mit einem Eisenstabe; die Verbrechenin wurde wegen Körperverletzung mit Todeserfolg vom Schwurgericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. — Ebenfalls von dem Schwurgericht in Reize hatten sich der Häuer Paul Pawlik, der Häuer Paul Kubasch, beide aus Dittlitzgrube, der Geiger Emanuel Chmielarski und der Maschinenwärter und Kriegsinvalide Johann Chmielarski, beide aus Neudorf Kreis Kattowitz, wegen versuchten Raubes unter erschwerenden Um-

ständen zu verantworten. Die Angeklagten hatten dem Mühlenbesitzer Glaza in Ernestinenberg, Kreis Neustadt O.-S., unter Anwendung von Gewalt sein Bargeld geraubt. Die Angeklagten wurden zu je 3 Jahren Zuchthaus, Emanuel Chmielarski, dem mildere Umstände zugunsten gegeben waren, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden jedem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgeprochen. Auf die erlittene Untersuchungshaft wurden je 2 Monate als verbüßt angerechnet.

In Dziergowitz, Kreis Kosel, wurde der betagte Franz Sedwiczek von Banditen überfallen und ermordet. — Dem Stellenbesitzer Karl Wirschke in Roszdin raubten Banditen 6400 M in Papiergeld, 50 M in Silber, 2 Trauringe und 2 Siegelringe. — Der Grubenarbeiter Keil in Grottkauhütte bekam Streit mit seiner Ehefrau; in demselben griff der Bruder der Frau, Grubenarbeiter Kozur, ein und brachte seinem Schwager mit einer Art derartig schwere Verletzungen bei, daß derselbe alsbald starb. — Der Obergewerke Albert Glaza aus Brunnau wurde auf dem Wege vom Bahnhof Emanuelstegen zur Grube von einem unbekannten Mame überfallen und der Lohnung in Höhe von 15 000 M, die sich in 25 Lohnbüchern befand, beraubt.

Wochenchronik.

Tagesvorgänge.

Der Fürstlich Bielejische Generaldirektor Dr. Rajje vollendete am 30. April das 50. Lebensjahr. — Musikdirektor Ludwig Hauptmann, der Leiter des katholischen Kirchenchors in Oppeln, beging am 1. Mai sein 50 jähriges Berufsjubiläum.

Die von der interalliierten Kommission beabsichtigte Päckkontrolle ist bis voraussichtlich Mitte Mai hinausgeschoben worden; bis dahin werden von den interalliierten Päckstellen besondere Reisecheine ausgestellt. — Nachdem von der interalliierten Kommission in Oppeln bekannt gegeben worden war, daß von ihrer Seite der „Verherrlichung der Arbeit“ kein Hindernis in den Weg gelegt werden wird, hat die sozialdemokratische Partei in Oberschlesien umfassende Vorbereitungen getroffen, um den 1. Mai als „Reisefreitag“ festlich zu begehen. Tatsächlich feierte die obererschlesische Sozialdemokratie den 1. Mai durch Märsche, Versammlungen usw. Die christlichen Gewerkschaften, die Kirch- und Kirchenvereine und die politischen Berufsvereinigungen erklärten sich gegen die Maifeier. Vielfach war die Aufrechterhaltung der Betriebe praktisch unmöglich, so daß die arbeitswilligen Arbeiter gezwungen waren, auch zu feiern. Die Maifeier vollzog sich überall in ordnungsmäßigem Rahmen. — Am 2. Mai veranfaßten die Pöken in vielen Orten Oberschlesiens Demonstrationen, Versammlungen und Umläufe. Dabei kam es in Ratibor, Oppeln und anderen Orten zu deutsch-polnischen Zusammenstößen.

Der Preis für Mehl und Brot ist vom 3. Mai ab um 100 % erhöht worden; dadurch wird die Privatwirtschaft sehr fühlbar belastet. Dagegen ist die Mchskration um 500 g und die Kartoffelration um 1000 g wöchentlich und pro Kopf erhöht worden.

Industrie und Handel.

Die Oberschlesische Zinkhütten-A.-G. Kattowitz hat einen neuen Geschäftsjahr anzuweihen. Der Auftragsbestand ist weiter gewachsen und hat eine Höhe erreicht, wie schon seit Jahren nicht. Die zu der Gesellschaft gehörenden Hütten Glazhütte, Frankhütte, Kungundehütte und Kolumbus-Zinkhütte sind voll belegt. Auf den Hütten und in der Schwefelsäurefabrik wird die Erzeugung nach Möglichkeit zu heben gesucht. Der Betrieb des Zinkwalzwerkes ist sehr reger. Die Leistungsfähigkeit des Walzwerkes wird nach Kräften ausgenutzt. Die Nachfrage ist so stark, daß ihr nicht genügt werden kann. Voraussichtlich wird der Gewinn des laufenden Geschäftsjahres den des Vorjahres übertreffen.

Die Hismarchhütte-A.-G. hat den Neubau des schon längst geplanten großen Walzwerkes in die Wege geleitet, das das bisherige Feinblechwalzwerk, das seit 30 Jahren besteht, den ständig wachsenden Anforderungen nicht mehr genügt. Die Auslandsaufträge mehren sich beständig, aus Südamerika kommen Millionenaufträge. — Bei den Schiffahrtswerten wurden die Schiffsmeister Kagrajch, Balachinski und Kozecinski zu Oberstleutnant ernannt und Revisor Suliga zum Oberverwalter befördert.

Die Holzpreise gehen infolge Ungefährtheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Rückgangs der Auslandspreise durch die Walfaststeigerung stark zurück.

Aus dem Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1919 sei folgendes entnommen: In Oberschlesien bestehen die Reichsbankstellen Gleiwitz mit den Nebenstellen Beuthen und Hindenburg, Kattowitz mit der Nebenstelle Königshütte und Oppeln mit den Nebenstellen Kreuzburg, Reize und Ratibor. Der Gleiwitzer Giroverkehr weist folgende Zahlen nach: Bestand am 1. 1. 1919: 11 285 245,26 M, auf Giroverkehr vereinnahmt 2 589 231 531,25 M, verausgabte 2 584 042 323,27 M, Bestand am 31. Dezember 1919: 16 474 453 M. Die entsprechenden Zahlen für den Kattowitzer Giroverkehr sind: Bestand am 1. 1. 1919: 8 966 718,51 M, auf Giroverkehr vereinnahmt 2 456 842 499,90 M, verausgabte 2 452 735 920,48 M, Bestand am 31. Dezember 1919: 13 073 247,93 M. Oppeln weist nach: Bestand am 1. Januar 1919: 12 258 471,02 M, auf Girokonto vereinnahmt 1 801 275 413,92 M, verausgabte 1 802 982 160,32 M, Bestand am 31. Dezember 1919: 10 571 994,68 M. Gleiwitz zählte 151, Kattowitz 121, Oppeln 225 Kontoinhaber.

Die Ottomacher Volksbank hat nach ihrem Geschäftsbericht für 1919 recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Der Umsatz stieg gegen das Vorjahr um 4 300 000 M, das Zinsergebnis war um 8000 M höher. Die Spareinlagen haben sich trotz der um eine Million gegen das Vorjahr gestiegenen Abhebungen noch um 400 000 M vermehrt. Die Mitglieder erhalten 6 1/2 % Dividende.

Verkehrsweien.

Am 1. Mai wurde ein Kraftwagenverkehr von Bahnhof Rastdorf nach Brantitz im Kreise Leobischitz



eröffnet, wodurch eine große Verkehrs erleichterung eingetreten ist. — Anstelle des nach Emstaden bei Münster versetzten Postmeisters Küstermann ist Postmeister Schmalz nach Goslar berufen worden.

## Landwirtschaft.

Seit Menschengebenden hat die oberösterreichische Landwirtschaft die Feldbestellung im Frühjahr nicht so zeitig und ungestört ausführen können wie in diesem Jahre. Die Trockenheit hing bereits an fühlbar und nachtheilig zu werden; ein schöner Regen in den ersten Tagen des Monats Mai brachte Abhilfe. -- Die Zahlung der Höfzinsprämien von 300 *fl.* für die Tonne Brotgetreide und Gerste (das sind 15 *fl.* für den Zentner) ist bis 15. Mai verlängert worden; nach dem 15. d. Mts. werden nur noch 200 *fl.* für die Tonne (10 *fl.* für den Zentner) gewährt. -- Direktor Paul Fingass in Kreuzenort feierte am 1. Mai sein 25jähriges Jubiläum bei der Fürstlich Lichnowskischen Verwaltung.

## Regierung.

Die vollziehende Gewalt im unbesetzten Gebiet der Provinz Oberschlesien ist von den bisher zuständigen militärischen Stellen auf den Oberpräsidenten Bitt a übergegangen. — Zum schuttechnischen Hilfsarbeiter bei der Regierung in Döpsel wurde Lehrer Tixe aus Beuthen ernannt.

### Gemeindeangelegenheiten.

Amts- und Gemeindevorsteher Dr. Urbanek in Kob-  
berg ist von seinem Amt unter Verzicht auf Gehalt und  
sonstige Ansprüche freiwillig zurückgetreten. Bis auf weiteres  
führt die Amtsvorstehergeschäfte Verwalter Johnson  
und die Gemeindevorstehergeschäfte der Schöffe, Stellenbesitzer  
Gzipionka. Stadtrat Siegmund in Rybnik wurde  
zum Stadtsältesten ernannt. Die neuen Stadträte in  
Rybnik haben die Dezerate wie folgt übernommen: Dr. Bi-  
atych Gesundheitsangelegenheiten, Badeanstalts- und Prome-  
naden geschäfte, Kunz Gas- und Elektrizitätswert, Dr.  
Sporek Schulwesen und Kanalisation, Dr. Rozanski  
Rechts- und Armen sachen, Pysczek Bauwesen und  
Schlachthaus, Simon i Sparkasse und Finanzen.

## Heereswesen.

Dem Generalmajor Höfer, der Ende 1918 den Grenzschieß im oberbayerischen Industriebezirk übernahm, ist die Führung der Reichswehrbrigade 8 in Krieg übertragen worden. Ihm ist es unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen, in Oberbayerien während des Aufganges der Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und unsere Heimat vor Grenzverletzungen zu schützen. Generalmajor Höfer ist ein geborener Krieger.

Girdle.

Die evangelische Kirchengemeinde in Königshütte wird für die Luther- und Elisabethkirche zwei neue Glocken ankaufen. Reichsgraf von Oppersdorff hat aus Anlaß seines silbernen Ehejubiläums der katholischen Kirche in Dergolau 10 000 Mark zur Neuanschaffung und Ergänzung der Kirchenglocken überwiesen. — Der neue Pfarrer von Hohenlohehütte, Kuratus Schulz, wurde ins Amt eingeführt. — Die Oberin des katholischen Waisenhauses in Tichau, Schwester M. Alicia — Pauline Stara —, feierte ihr 25jähriges Ordensjubiläum.

## Schule.

Rector M u j c h a l l a von der Johannisſchule in M y ſ-  
l o w i z wurde zum Kreisſchulinspektor des Bezirks C a r l ſ-  
r u h e D. = Z. ernannt.

## Rechtsweisen.

Der Strich der Justizbeamten hält weiter an. Die Richter und Staatsanwälte fühlen sich durch die Art der Behandlung eines Beamten aus ihrer Mitte aufs schwerste verletzt. Die Art der Maßregelung beeinträchtigt Ehre und Würde eines Beamten schwer. Die Anerkennung der Unabhängigkeit des Richters und die Achtung der Beamtenchre und Beamtenwürde sind aber die unabweisbaren Grundlagen, auf denen amtliche Pflichterfüllung allein möglich ist. Dieser Auffassung sind die mittleren und unteren Justizbeamten des Abstimmungsgebietes geschlossen beigetreten. Fest stehen die Männer der Rechtspflege auf dem Boden des Rechts. Mannhaft wahren sie ihre Ehre. Für Freiheit und Gerechtigkeit aufrecht einzutreten, ist die Aufgabe, die sie nicht nur für sich selbst, sondern für das gesamte oberstelektische Volk erfüllen wollen.

Gerichtsassessor Laszkowicz ist von Posen nach Oppeln versetzt worden. — Die Wahlen zur Rechtswissenschaftlichen Kammer sind auf den 8. Mai verschoben worden.

Geſundheitsweſen und Wohlfahrtspflege.

In Domb, Roßberg, Gleiwitz, Bogutschütz sind neuerdings einige Fälle von Pockenkrankungen vorgekommen. — Aus Preußen D.S. sind 25 erholungsbedürftige Kinder, darunter 16 Kriegerwaisen und 4 Waisenhauszöglinge, zu einem achtwöchigen Erholungskaufente in die Schweiz geführt, ebenso 78 Kinder (Knaben und Mädchen) aus Kattowitz.

### Bereinstimmen.

Der Bezirksfeuerwehrverband Oppeln hielt in Gleiwitz eine Aussschüßung unter Leitung des Bürgermeisters Otte aus Larnowitz ab. Die Feuerwehren befinden sich wieder in guter Weiterentwicklung. — Der Vor-

stand der sämtlichen Gauen und Vereine der oberhessischen Turnerschaft hielt in Gleiwitz eine Sitzung ab, die vom II. Vorsitzenden, Bergwerksdirektor Staudinger aus Königshütte geleitet wurde. Der Entwurf des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung wurden in Form und Inhalt festgelegt und soll der nächsten Vollversammlung zur Annahme vorgelegt werden. Beschlossen wurde, am 6. Juni in Gleiwitz einen oberhessischen Turntag abzuhalten. — Der oberhessische Spiel- und Eislaufverband hielt seinen Bezirkskongress ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Tätigkeit in den Vereinen rege und vielseitig war.

## Musikpflege.

Der Singverein Beuthen D. S. führte die „Glocke“ von Bach mit großem Erfolge auf. Das Cieplicksche Konservatorium in Beuthen gab im dortigen Schützenhausaal das 7. Volkskonzert.

### Auszeichnungen.

Verliehen wurde das Eiserne Kreuz 1. Klasse dem ehemaligen Feldwebel Carl Schmidt in Deutsch, Lehrer und Leutnant d. R. Hugo Schmad in Hochstetham, Kreis Leoböschütz, Offizierstellvertreter Anton Nattli in Studzina, Verwaltungsinспекtor Lenz in Leoböschütz (außerdem erhielt auch der Schlesische Adler 1. und 2. Stufe), Büroassistent Robert Kumor in Tarnowitz, kriegsinvalides Johann Adamas in Fultschin, Lehrer W. Grundinski in Rablin, Kreis Rybnik. Es erhielten das Eiserne Kreuz 2. Klasse der Photograph Friedrich Kössner in Tarnowitz, das Eiserne Kreuz am weißlichwarzen Bande der Postsekretär Willy Ehrlich in Pleß, das Verdienstkreuz für Kriegshilfe Gasthausbesitzer A. Zbrallek in Ostrog, Pensionär Einde, Schichtmeister Eisler, Schmelzmeister Wieselach und Wertmeister Frisch, sämtlich bei der staatlichen Friedenshütte, Maschinenwartmeister Kössner, Kohleneigentümer Patzkonis, Schichtmeister Wilhelm Müller und Alfred Schmidt, sämtlich in Bielechowitz, die Militärdienstauszeichnung erster Klasse der ehemalige Unterzahlmeister Stadtkassenkontrollor Maximilian Cieciniski und der ehemalige Bezirksfeldwebel, Kreisassistent Alfred Mann in Tarnowitz, den Schlesischen Adler 2. Stufe der Kreissekretär Nitz, Buchbindenmeister Richard Bernath und Kaufmann Riser in Ratibor.

## Verbrechen.

Grubenwächter Foitzig von der Cleophasgrube wurde von Einbrechern erschossen. — In die Kirche zu Groß-Hörsing drangen Einbrecher ein, erbrachen das Tabernakel und stahlen ein neues großes Ciborium.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Julius Soika.

Wir haben die Vertretung größter Weinfirmen übernommen und empfehlen uns zur Lieferung von:

**Rhein-  
Mosel-Weinen aller Art  
Rot-  
Messwein für kirchliche Zwecke.**

Abgabe der Weine erfolgt zu Original-Preisen. Mit  
Offerten stehen gern zu Diensten u. empfehlen uns, stets reelle  
Bedienung zusichernd Hochachtungsvoll!

**Franz Peterseim,  
Nachf. M. Peterseim & Co.,  
OPPELN, Bleichstrasse 17.**

**Eigen-Heim-Hausbacköfen**

sind die besten und sparjamsten **Hausbacköfen**; mit 1 mal feuern kann 2 bis 3 mal Brot oder Kuchen abgebacken werden. Die Öfen sind vollständig feuerfester, in jedem Raum aufstellbar und leicht transportabel.

Mittlere Größen stets auf Lager.

**Albert Herrmann & Co.**  
Handl. für Hausbacköfen, Hand- und Kraftschrotmühlen  
Dittersbach bei Waldenburg in Schlesien.

**AUGENGLÄSER**

fertigt garantiert  
richtig nur der  
Special-Optiker:  
**J.WYK,** Opt.-Institut  
Kattowitz



Die Medizin heilt Augen gläser gleichen Sehfehler  
Krankheiten, meine aus.

Optiker **Garai,** Albrechtstrasse 4  
Breslau.

Besitzen Sie schon den  
**„Führer durch Oberschlesien“?**  
 Wenn nicht, so bestellen Sie ihn sofort! Ein un-  
 entbehrliches Handbuch für jeden politisch Interes-  
 sierten, vor allem für jeden Oberschlesier  
**mit Karte des Abstinenz-  
 gebietes.** Preis *ℳ* 5.— für  
 Abonnenten *ℳ* 4.—  
 Zu bestellen im Buchhandel oder direkt beim  
 Verlag **„Der Oberschlesier“**,  
 Oppeln, Bismarckstraße 10.

Bes. Einjähr. & Abiturienten Eilkurse  
**Kant-Pädagogium**  
 Landesziehungsheim I. Ranges  
 Telefon 46 **Canth bei Breslau**  
 Streng geregeltes Internat. - Beste ländliche Kost.  
 Vorbereitung bis Prima (reale, gymnasiale, oberreale  
 und real-gymnasiale Abteilungen). Für schwache Schüler  
 grosser Zeitgewinn. Individuelle gediegene Behandlung. Anmel-  
 dungen jederzeit. Glänz. Erfolge. Leiter u. Besitzer Dr. E. Rösch



Die  
Aufbewahrung  
von  
**Schmucksachen  
Wertpapieren  
Geld**  
geschieht am sichersten  
und unauffälligsten, durch  
**Einmauerschränke**  
mit dem D.R.P.-Schloß  
»NOVUM«

**Paul Brattig**  
Kattowitz O.-S.

|   |  |
|---|--|
| <p><b>1 guter<br/>Tennisschläger</b><br/>zu kaufen gesucht.<br/>Off. mit Preis unter <b>1000</b><br/>Expd. des „Oberchlesier“ erb.<br/><b>Strengreell. Geld-Darlehen</b><br/>sodort auf monat. Rückzahlung er-<br/>halten alle Leute bei Josef Sczyrba,<br/>Bogenschütz, Süd, W. 20. Wer<br/>Geld braucht, schreibe sodort an meine<br/>Adresse. Rückporto.</p> | <p><b>Kernseife</b><br/>prima Qualität, Auslandsware.<br/>Doppelfüß 330 g schwer.<br/><b>Sunlight Soap</b><br/>Mark 12.00 für Fieberverkäufer.<br/><b>Freund, Kattowitz,</b><br/>HofstraÙe 21.</p> |
|---|--|

**Unparteiisch, bestorientiert**  
über den Stand obereschlesischer Kultur, Wirtschaft  
und Politik ist  
**„Der Oberschlesier.“**

Nur Originalbeiträge. Nur Originalzeichnungen.  
Hervorragende Mitarbeiter.



Bezugspreis: Vierteljährl. M. 3,60 zuzügl. Bestellgeld.

**Aus dem bisher Gebrachten:**

Politik und Ethik. — Der erste obereschlesische Komponistenabend der Volkshochschule Kattowitz. — Der Innenverleugrer der Interalliierten Regierungen. — Plebiszitärkommission in Oberschlesien. — Die deutsche Bäckerei zu Leipzig. — Halten die politischen Argumente der Kritik des neutralisierenden Oberschlesiers stand? — Praktische Bekämpfung des Bolschewismus. — Volkshochschulung Kleinwitz. — Erzbisium Breslau. — Obereschlesische Wirtschaftswörter. — Das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft. — Die Naturdenkmalpflege in Oberschlesien. — Die Heimatssteuer der zweiten Zone Schlesiens. — Die sozialen Einrichtungen der Stadt Kattowitz. — Wo bleibt das Silbergeld? — Deutchen O.S. eine neue Regierungshauptstadt Oberschlesiens. — Die britische Arbeiterbewegung. — Bilder aus der polnischen Geschichte. — Die Villatur der Interalliierten Regierungen. — Plebiszitärkommission in Oberschlesien. — Die polnische Sprache des Oberschlesiers. — Der Bolschewismus und seine Gefahren für Europa. — Polnische Staatsmänner und Politiker. — Die Regierungsfähigkeit der Polen. — Beiträge zur obereschlesischen Volkstunde. — Unser Nachbarland Polen.

**Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher  
Literatur, Winnenden (Württ.)**

---

 **Volksbücher bester Art**   
sind die künstlerisch ausgestatteten Bände der Sammlung:  
**Zeitgenössische Erzähler**  
herausgegeben von F. B. Grepshl.  
Preis gebunden M. 4.—; fleiß geheftet M. 3.15.  
Band 1. *Scythora* von Adolf Bügltin.  
Eine köstliche Novelle des bekannten Schweizer Erzählers, die bereits  
im 16.—18. Tausend erscheint. Buchschmud von Ernst Gräfer.  
Band 2. *Am Quell der Wunder* von Wilhelm  
Müller-Rüdersdorf.  
Reizende Originalmärchen aus dem schiefen Jsergebirge.  
Buchschmud von dem Wiesbadener Künstler Johann Conrad Köper.

**Export**  
offeriert: greifbar:  
Doubt-Trauringe, Uhrketten, Broschen,  
Armbränder, Medaillons,  
Kolliers, Bijouterie, echt u. unecht.  
Vertreterbesuch.  
**Anton Michael Weber,**  
Gold- u. Silberwaren-Großhandlg.  
**Koblentz am Rhein.**  
Drahtanschr.: Silberweber. Tel. 1466

---

**Photographie.**  
Müße oder Uniformmord eines Beamten der ehem. Reichs Ober- u. Preuss. Eisenbahn sucht zu kaufen, ebenso oberflächliche Briefmarken der 1. Ausgabe zu kaufen.  
Angebote unter „R. D. U. 3131“ an den Schriftf. 2.

Postbestellschein.

Unterzeichneter bestellt hiermit bei dem Postamt für d..... Monat  
..... für M 1,20 monatlich die in Doppelten erscheinende  
Wochenzeitung

**„Der Oberschlesier“**

Vor- und Zuname: .....

Wohnort: .....

Straße u. Hausnummer: .....

Bezugspreis für ..... Monate zuzüglich M ..... Bestellgeld erhalten  
zu haben, becheinigt:

Postamt

ausfüllen und unfrankirt in den  
nächsten Briefkasten werfen.